

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozementopos mit der sgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Und die Post bezogen vierstündig. M. 2.75, unter Kreisland für Deutschland und Leiterschulungen M. 5.— Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Bezirkskarte werden die Gesetzte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssbezüge 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163.

Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1913.

24. Jahrg.

Hinter verschlossenen Türen soll gegen eine Anzahl Offiziere verhandelt werden, die sich von dem Vertreter der Firma Krupp bestechen lassen.

In einer Note an die Mächte erklärt die rumänische Regierung, daß die neue Dobruja-Grenze an der Linie Turtuc-Dorotic-Baltisch entlang läuft.

Die Türken haben die Linie Midia-Enos besetzt, ohne Oberland zu finden.

An einer brennenden Schmelzgrube in San Giovanni stehen 23 Steinmetzarbeiter in den Flammen um.

Chinas Not.

Von unserem Korrespondenten.

rh. Petersburg, 15. Juli.

Scheinbar über Nacht sind in den letzten Tagen, da die Hauptausmerksamkeit Europas auf die französischen Ereignisse in Balkan gerichtet war, erste Geschehnisse im fernen Osten herausgezogen. Russland nutzt die Komplikationen im Südosten Europas aus, um einen neuen Schlag gegen China zu unternehmen und den begonnenen Krieg der Mongolei einen Schritt voranzutreiben. Die Art und Weise, wie es hierbei vorgeht, ist äußerst bezeichnend für die auswärtige Politik des russischen Staates, der, rauhig und feige zugleich, sich in der Regel eine Zeitlang wistest, um die Nachkampf seiner Gegner einzuschließen, und hernach mit verdoppelter Kraft seine Taten nach neuer Beute ausschreitet. Nachdem der russische Gesandte Korostowez am 3. November 1912 die bekannte Unabhängigkeitserklärung einer Anzahl mongolischer Autonomen ins Werk setzte und mit dem Oberhaupt der Mongolei, dem Fürst Gels und Schnaps gekauften Hutuchtu im Ural, einen Vertrag abgeschlossen hatte, der die Mongolei, ein Gebiet von fast 3 Millionen Quadratkilometer, dem russischen Protektorat auslieferte, nahm die russische Diplomatie eine Zeitlang eine abwartende Stellung ein. Es gab mancherlei Ursachen, die ihr eine solche Haltung für tausend erschienen ließen. Sie war bestrebt, Zeit zu gewinnen, um sich in der Mongolei unabhängig zu festigen. Sie baute eine Bahn von Charkow nach Pjatjoga im Anschluß an die sibirische Bahn, sie nutzte einen Automobilverkehr zwischen Pjatjoga und Urga, der Hauptstadt der Mongolei, ein, sie ließ die Flüsse in der Mongolei durch russische Motorboote befahren, sie besetzte die wichtigsten Punkte mit russischen Truppen, deren Gesamtzahl sich jetzt in der Mongolei auf ca. 12 000 Mann beläuft, sie durch ihre zahlreichen militärischen Poststellen die Gewalt über die neu gebildete mongolische Armee an sich.

Wegen aller dieser militärischen Maßnahmen in der Richtung der im November eingeschlagenen Raubpolitik, so nötigten andererseits die politischen Komplikationen im fernen Osten die russische Regierung zu einer gewissen Höchstung. Unter dem Einfluß der kaum verhüllten Annexion der Mongolei durch Russland traten Japan und Siam in ein höheres Verhältnis mit China, um der beginnenden Auseinandersetzung der chinesischen Nachbarn eine Schranke zu setzen. Zugleich zog auch die frage, verschärfte Politik Chinas gegenüber den mongolischen Häuptern, in Verbindung mit der starken Erweiterung, die bald nach dem Abschluß des Vertrages mit Russland in der Mongolei um sich griff, das die auf dem Papier figurierte Beute noch keineswegs als sicherer Besitz betrachtet werden konnte. In Abetracht aller dieser Umstände hält die russische Diplomatie es für angebracht, einen verschärfteren Ton gegenüber China anzuschlagen und mit der Pekinger Regierung wegen der Mongolei zu unterhandeln. Hierbei nutzte sie, auf Frankreich und England gestützt, in rasifizierter Weise die finanzielle Not und die Abhängigkeit Chinas vom Hünsmüller-Konsortium aus, um die chinesische Regierung zu einem freiwilligen Verzicht auf die Mongolei zu zwingen. An demselben Tage, da die Delegationsdelegation in Peking durchgedreht wurde, schloß der chinesische Minister des Auswärtigen, Luichenghfang, mit dem russischen Gesandten einen Vertrag über die Mongolei, der das „äußerste Minimum“ Russlands enthielt. Der Abschluß dieses Geheimvertrags, der um den Preis der Erhaltung Stobod, Aljoschtsa und der nordwestlichen Mongolei, die äußere Mongolei, dem russischen Protektorat ausließte, rief in China eine ungeheure Enttäuschung hervor. Das chinesische Unterhaus machte mit den sechs Hauptbestimmungen des mongolischen Vertrages kurzen Prozeß und sandte den Vertrag in seiner neuen Fassung dem Minister des Auswärtigen zu, dessen sofortige Antwort in einem Gesuch um zehn Tage Krankheitsurlaub bestand. Damit war der Verlust der russischen Diplomatie, China zu einem freiwilligen Verzicht auf die äußere Mongolei zu zwingen, an dem Widerstand der Volksvertretung gescheitert.

Der weitere Verlauf der russisch-chinesischen Unterhandlungen erscheint nach den düsteren Nachrichten aus dem fernen Osten zurzeit noch nicht völlig klar. Es scheint, daß die russische Regierung sich noch vor einigen Wochen nicht abgenutzt zeigte, ihre Forderungen hinsichtlich der Mongolei herauszufegen und unter anderem die Oberherrschaft Chinas

über die Mongolei anzuerkennen. Am letzten Augenblick jedoch hat die russische Regierung wieder ihre früheren Forderungen hergeholt und erklärt, China müsse sich mit der Souveränität (Oberherrschaft) über die Mongolei begnügen und alle Abmachungen des russisch-mongolischen Vertrages vom November vorigen Jahres anstrengen. Damit knüpft die russische Diplomatie unmittelbar an die erste Phase ihrer mongolischen Raubpolitik an und leitet eine Ära neuer engerer Komplikationen im fernen Osten ein.

Über die Ziele, die die russische Politik hierbei verfolgt, geben einige wichtige Auskünfte aus der letzten Zeit Aufschluß. Der Führer der russischen Liberalen, Professor Miljukow, der momentan im letzten Jahre der Schildträger des russischen Ministeriums des Auswärtigen geworden ist, tadelte am 19. Juni anlässlich der Budgetdebatte in der Duma die Nachgiebigkeit der russischen Diplomatie gegenüber China. „Wir müssen — erklärte er stolz — im Auge behalten, daß wir noch Abschluß unseres Vertrages mit der Mongolei nicht mit China verhandeln können... Unsere Lage im fernen Osten ist keineswegs gesiegt, und deshalb dürfen wir nicht die Versprechen verlegen und die Hoffnungen unverfüllt lassen, die mit unseren ersten Schritten verknüpft sind.“ Eingehender werden dieselben imperialistischen Forderungen des Führers der russischen Liberalen in einem offiziell inspierten Artikel der Nowoje Wremja vom 29. Juni entwidet:

„Es ist höchste Zeit, daß die Worte durch Taten erachtet und die ganze mongolische Frage von dem toten Punkt, an dem sie ankommt, fortgesetzt wird. Sonst verlieren wir in nächster Zeit die Möglichkeiten, die der Vertrag von Urga uns bietet. Russland hat die Autonomie der Mongolei anerkannt und sich verpflichtet, sie zu schützen. Es hat aber bisher noch nicht die Anerkennung der mongolischen Autonomie durch China erreicht und soll, wie verfüllt, sogar bereit sein, der chinesischen Neutralitätsfktionen zu machen. Nach dem Ende des russisch-mongolischen Vertrages kommt China im besten Falle die Souveränität über das Chahar-Gebiet — ein ehemaliger Schatten der Gewalt, ohne Möglichkeit, ihre Durchsetzung zu erlangen. Nach Mitteilungen aus Peking unterhandelt unter Diplomatie nun mit der Regierung der chinesischen Republik, daß ihr die Souveränität über das Chahar-Gebiet zuerkannt wird. Dies würde aber in den Augen der Mongolen gleichzeitig sein mit der vollen Wiederherstellung der chinesischen Gewalt in der Mongolei... Die Hoffnungen auf die Verwandlung der Mongolei in einen Aufstand zwischen Russland und China würden sich unter diesen Verhältnissen in eine der zahlreichen russischen Entwicklungen verwandeln.“

Nach diesem offenkundigen Bekennnis des russischen Regierungsblattes, daß die Beteuerungen über die angebliche Unabhängigkeit Russlands in der mongolischen Frage ins rechte Licht rückt, erklärt die Nowoje Wremja: „Das ganze Unternehmen in der Mongolei gewinnt nur dann eine ernste Bedeutung, wenn die russische Regierung, indem sie die mongolische Autonomie unterstellt und verteidigt, in der Mongolei die Bedingungen einer selbständigen Existenz und Entwicklung ins Leben ruft.“ Was von dieser „Selbstständigkeit“ zu halten ist, zeigt eine eingehende Schilderung des Korrespondenten des Stadtkorrespondenten Reichs, W. Seewerowitsch, über die Ergebnisse der russischen Politik in der Mongolei. Nach dieser Schilderung, die um so interessanter ist, als sie im Organ des Stadtkorrespondenten Reichs veröffentlicht wird, haben die mongolischen Fürsten, die im vorherigen Jahr den Todungen und den Rübeln, die den russischen Agenten gefolgt sind, bereits den großen Fehler ihrer verträglichen Politik eingesehen. „Unter dem Mantel der Freundschaft — erklärt einer der angehörenden mongolischen Staatsmänner, der Dalama Juren-Tschimeda — will Russland die Mongolei annexieren und sie in eine Provinz verwandeln. An Stelle der chinesischen Abhängigkeit erwarten uns die Abhängigkeit von Russland, und vorläufig ist noch schwer zu sagen, welche von diesen beiden Abhängigkeiten für uns entscheidender sein wird, denn die Lage der von Russland unterworfenen Völker ist keineswegs eine leichte.“ Weiter schildert der Korrespondent, wie die Stimmung der mongolischen Bevölkerung unter dem Einfluß der ungezählten Raubwirtschaft der russischen Beamten, Kapitalisten und Abenteuer aus einer russenfreundlichen in eine feindliche umgeschlagen ist:

„Noch vorerst wie die Mongolei annexiert wurden, begannen wir schon mit ihren Nachbarn, z. B. mit den tschechischen Bergwerken und den Konzessionen der Gesellschaft „Mongol“, Kontakt zu treiben. Wir trugen die Autonomie und alle möglichen Fällungen der Waren in die Mongolei hinein, wir plünderten die Mongolei, indem für irgendwelche Ware mehrfach Bezahlung verlangten. Wir trugen unter trauriges nationales Vorurtheil, die Bevölkerlichkeit in die Mongolei hinein und erlangten mit Hilfe dieser Bevölkerungen alle möglichen Konzessionen.“

Diese Schilderung des überalen Korrespondenten, die die Raubwirtschaft der russischen Abenteurer, das Bild der ursprünglichen Kapitalakkumulation und der gewaltsamen Enteignung der mongolischen Bevölkerung durch die Russen erkennen läßt, zeigt die ganze Situation im fernen Osten in einem viel ernsteren Lichte als selbst im November vorigen Jahres. Konnte dorthin noch auf die Entschließung eines Teiles der mongolischen Bevölkerung, die sich von China fernzuhalten wollte, hingewiesen werden, so unterlegt es jetzt keinen Zweifel, daß die Russen von den Mongolen nur als räuberische Eroberer betrachtet werden. Genau so wie vor-

dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges im Jahre 1905, als die Russen sich in den Besitz der Konzessionen am Halbinsel seitens und dann an die „feindliche“ Eroberung Korea schritten, geht die russische Diplomatie nun zu einem ebenso folgschwierigen Abenteuer in der Mongolei über. Dieser Schritt legt nicht nur dem russischen Volke neue gewaltige Lasten für Rüstungen an der chinesischen Grenze, für „Strafexpeditionen“ in der Mongolei usw. auf, er verschärft auch die gesamte politische Lage im fernen Osten ungemein und trägt in die Beziehungen zu den Staaten, deren Handels- und Wirtschaftsinteressen in der Mongolei und Manchukuo beeinträchtigt werden, gefährliche Spannungsmomente hinzu.

Die Revolution in Südtirol.

Peking, 16. Juli.

Die Städte Ningpo, Ninghsu, Ninghsien, Tantou, Tschienhsien, Hunan und Anhui haben die Absicht, ihre Unabhängigkeit zu erklären; einige von ihnen haben dies auch in vorsichtiger Form bereits getan. Viele Verbündete sind nach Kiautschou abgezogen, wo der Kampf noch andauert, angenehmlich ohne Entscheidung. Die Haltung der Japaner ist bittere Kommentare vor. Die Chinesen glauben, daß die Japaner überall überall überzeugt werden, die Unwesenheit japanischer Offiziere im Lager der Rebellen gibt dieser Annahme Auftrieb, während die Tatsache, daß japanische Kommandeure in der Beleidigung vor Unterliegen zu einem Protest des Vizepräsidenten Huanshun gebracht hat. Die Südtiropen erklären öffentlich, sie hätten japanische Hilfe ausgeschaut erhalten. Die chinesischen Männer fordern eine amtliche Erklärung bezüglich einer angeblichen Ried des zum japanischen Gefangen in Peking verhafteten japanischen Diplomaten Yamaga, in der die Verwaltung Huanshun bestätigt wird. Die japanische Gesellschaft ist der Ansicht, daß Yamaga falsch zurückgeworfen sei und bestreitet, daß den Rebellen von den Japanern offiziell Unterstützung gewährt oder sonst irgendwie die Neutralität verletzt werden.

Das deutsche Konsulat in Kunming bedroht.

Kanton, 16. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Das deutsche Konsulat in Kunming wurde von Insurgenten umzingelt, augenscheinlich, weil die Deutschen fürchteten die Auslieferung von zwei chinesischen Revolutionären aus der deutschen Konzession in Hankow angelassen hätten. Falls ein Angriff erfolgt, bedrohten die Deutschen ihre eigenen Verteidigungsmöglichkeiten zu treffen.

Der türkische Vormarsch.

Die Türkei läßt sich nicht abhalten, die Balkanprovinzen mit vollenden zu helfen. Trotz aller Entrüstungsmöglichkeiten der Mächte bei der türkischen Armee den Vormarsch auf Kirchliche angekommen, hat Sultan Hassan, Lüleburgaz und Wija besiegt und will sich nicht abhalten lassen, nach Adrianopel vorzustossen. Außer dem materiellen Ruhm, heißt es in einem Telegramm aus Konstantinopel, der der Türkei durch den Vorstoß nach Adrianopel geschaffen würde, würde die Türkei auch einen sehr bedeutenden moralischen Ruhm erzielen, der die Lage der Regierung für lange Zeit festigen würde. Darum wird die Regierung alles tun, um ihre Truppen bis Adrianopel gelangen zu lassen. Uebrigens diente man in ottomanischen Kreisen, daß selbst wenn die europäischen Mächte einen Druck auf die Türkei ausüben würden, die türkische Armee nicht an der Grenze Eos-Midia stehen bleibe, weil die Türkei durch ihre Erfolge eventuell die Autonomie Thrakiens erreichen könnte.

Die Londoner Botschaftervereinigung sieht bei der Entwicklung der Dinge ratslos gegenüber und bemüht sich, die Mächte in Einigkeit zu erhalten. In der Dienstagsitzung beschäftigten sich die Botschafter hauptsächlich mit der albanischen Frage. Die Haltung der Mächte in der gegenwärtigen Balkanfrage wurde nicht besprochen, aber man glaubt mit Bestimmtheit, daß die Botschafter einstimmig den Grundsatz annehmen, nicht zu intervenieren, wie dies bereits in den Worten Sir Edward Grey zum Ausdruck kam.

Dringend der Erledigung bedarf die Frage der albanischen Gendarmerie, zumal die serbischen und montenegrinischen Truppen jetzt abgezogen sind. Während ein Teil der Botschafter es nur für unlogisch hält, Albanien völlig ohne Schutz zu lassen, tritt ein anderer Teil dafür ein, daß die Organisation der Gendarmerie unter fremden Offizieren unbedingt in Angriff genommen werden müsse. Es werden Schritte unternommen, um schwedische Instrukturen dafür zu gewinnen. Die Aufstellung des albanischen Statutes wird größere Schwierigkeiten bereiten als die Feststellung der griechisch-albanischen Grenze. Was die Grenze von Epirus betrifft, so ist noch keine endgültige Lösung gefunden worden, doch hofft man auf eine Verständigung, die gleichzeitig dem Standpunkt der am meisten dabei interessierten Mächte entspricht und auch für Griechenland annehmbar ist. Österreich besteht darauf, daß die Mächte den Verlauf der Grenze im allgemeinen zu bestimmen haben.

Die Griechenbestrebungen.

Belgrad, 16. Juli. Nach Informationen an wahrscheinliche Stelle schienen die Meldungen der ausländischen Blätter über einen

unmittelbar bevorstehenden Friedensschluß als verfrüht, da die Verhandlungen überhaupt noch nicht aufgenommen wurden. Ministerpräsident Pöhlisch hat sich nach Westlich begeben, um sich ein Einvernehmen mit dem montenegrinischen Ministerpräsidenten über die Friedensbedingungen der Verbündeten herzustellen.

Die serbischen Bedingungen.

Belgrad, 16. Juli.
Die Räte des Ministerpräsidenten Pöhlisch aus Westlich, wo die Zusammenkunft mit Montenegro stattfand, erfolgt heute nacht oder morgen. In Westlich war auch der montenegrinische Ministerpräsident General Antovolski anwesend. Im politischen Kreis wird befürchtet, daß die Montenegriner ihre Forderungen ganz genau präzisiert haben und daß Serbien für seine großen Verluste und den Gang zum Adria-Meer eine entschädigende Begegnung an den Gang zum Adria-Meer beansprucht. Es heißt ferner, daß Serbien auch eine Fortsetzung der alten serbisch-bulgari-schen Grenze am unteren Tundzka verlangen werde, über die Serbien jetzt jährling Streitigkeiten mit Bulgarien entstanden sind. In Westlich nehmen die Cholerafälle zu. Die große Kälte begünstigt die Epidemie.

Demission des bulgarischen Kabinetts.

Sofia, 16. Juli.
Das Kabinett Daniew ist zurückgetreten. Malinow wurde mit der Kabinettbildung beauftragt. Er bemüht sich, ein Konzessionärministerium aus allen Parteien zu bilden. Das Programm einer auswärtigen Politik wäre die Aneignung an andere Räume, je nach Umständen.

Der rumänische Vormarsch auf Sofia.

Bukarest, 16. Juli.
Offiziell wird mitgeteilt, daß die rumänische Hauptarmee heute nach die Donau zu überschreiten begonnen hat, der Brückenschlag habe nur sechs Stunden gedauert. Die Überquerung sämtlicher Truppen werde heute vollständig durchgeführt sein. Gedenk soll zugleich der zweite Vormarsch der Rumänen auf Sofia erfolgen, so daß die rumänische Armee in zehn Tagen vor Sofia erscheinen kann.

Bukarest, 16. Juli.
Die rumänische Armee läuft festen Fuß an zwei Punkten des rechten Donauufers westlich von Silistra. Blättermeldungen zufolge haben die Bulgaren bei Ruschuk drei Kontrolle sowie zwei Panzerboote verloren, um sie vor der Überquerung durch die Rumänen zu bewahren.

Eine rumänische Note an die Großmächte.

Bukarest, 16. Juli.
Im gestrigen Monat wurde der Inhalt der Note freigelegt; die heute noch den Vertretern der Großmächte zugedacht ist. Es wird darauf hingewiesen, daß Rumänien außer Überwindung einer günstigeren strategischen Grenze keine weiteren Interessen verfolgt.

Ein neuer griechischer Sieg in Mazedonien.

Athen, 16. Juli.
Der Generallab meldet aus Hadjischelilik an das Kriegsministerium: Der rechte Flügel der griechischen Armee hatte bei Serrès an der Straße von Serrès über Petris nach Neubospor einen hartnäckigen Kampf mit den Bulgaren zu befechten. Die Schlacht begann bei Sonnenuntergang und endigte abends gegen 8 Uhr mit einer vollständigen Niederlage des Feindes trog dessen Verlustzahl und großer Artillerie. Gegen Abend gingen drei griechische Kompanien mit dem Bataillon gegen ein bulgarisches Bataillon vor, das unter schweren Verlusten zum Rückzug gezwungen wurde. Der Rest der griechischen Arme ist ausgezeichnet, die des Feindes wegen der hintereinander folgenden Niederlagen sehr schwach. Eine Widerstand zu finden, bestrebt eine griechische Division Melnik. Von der übrigen Front der Arme fehlen keine Nachrichten über Rümäne. Die bei Drama besiegen Bulgaren stützen nach den Engpässen von Afros und von dort über Papasof nach der bulgarischen Grenze, wobei sie wieder eine große Menge Fleisch und Kleidungsstücke zurückließen. Von den 3000 Einwohnern von Dogan überließen den bulgarischen Durchzug nur 120. Die griechischen Militärbefehlshaber in der Stadt verlangen Genesungen zur Vertheidigung von 2000 Leuten. Eine weitere Verstärkung der Legende wurde nur durch den raschen Vormarsch der Griechen verhindert.

Saloniki, 16. Juli.

Die Untersuchung über die Gewalttat gegen das österreichisch-ungarische Konsulat in Serrès hat ergeben, daß die Plaudereung des Konsulats durch bulgarische Soldaten und Gendarmen erfolgt ist. Das Konsulat wurde fast vollständig ausgeraubt und der Konsul mußte schwere Verletzungen erlitten. Ein Viertel der Stadt Serrès ist in einem Trümmerhaufen verwandelt.

Der Fall Krupp in der Dunkelkammer.

Die Enthüllungen, die unser Genosse Liebknecht über die Kruppschen Bestechungen machte, haben seinerzeit überall gewaltiges Aufsehen erregt und es ist mit Recht verlangt worden, daß rücksichtloses Auflösung über die dünftige Angelegenheit verhängt wird. Jetzt kommt folgende Nachricht:

Berlin, 16. Juli.
Die Enthüllungen des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht im Reichstage haben zu einer umfangreichen Untersuchung in der Krupp-Angelegenheit Anlaß gegeben. Nach dem Ergebnis der Untersuchung wird natürliche Stillschweigen beobachtet. Die Untersuchung hat aber bereits, wie die Nationalzeitung erahnt, die Erörterung einer Anklage gegen ein Anzahl Zeugofiziere gezeigt, die werden sich am 20. Juli und folgende Tage vor dem Kriegsgericht des Berliner Kommandantur wegen passiver Bestechung und fahrlässigen Landesverrats zu verantworten haben. Die Offiziere sollen von Kruppschen Beamten mit Mitteilungen Geschworene angemessen haben. In den Mitteilungen erwähnt die Anklagebehörde Landesverrat, zum mindesten fahrlässigen Landesverrat. Es wird angenommen, daß die Zeugofiziere durch die Mitteilungen an die Kruppschen Beamten sich im Sinne des dolus eventualis schuldig gemacht haben. — Auf ausdrücklichen Wunsch des Kriegsministeriums wird die Verhandlung unter strengstem Abschluß der Öffentlichkeit gehalten und auch der Schweigebefehl gegeben werden, da durch die Öffentlichkeit der Verhandlung eine Gefährdung der Landesverteidigung zu befürchten sei.

Dem Berliner Tageblatt entnehmen wir über die bevorstehende Verhandlung gegen die Zeugofiziere noch folgendes Einzelheiten:

Unter dem Rubrum „Tatam und Genossen“ wird am 21. Juli vor dem Kommandantengericht der Reichswehr Berlin eine Strafsachenverhandlung stattfinden, die ist mit der Kruppsäure, die besonders durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht ins Rollen gebracht worden ist, beschäftigt. Gegen sieben Zeugofiziere ist Anklage erhoben worden, und zwar wegen Angabe eines gegen Dienstbefehle, wegen Bestechung und wegen Vertragsmilitärischer Beziehungen.

Nach den Enthüllungen im Reichstage wurde durch die Polizei das Büro der Firma Krupp in der Voßstraße beobachtet. Es stellte sich heraus, daß eine Anzahl von Ange-

stellten der Heeresverwaltung in regem Verkehr mit dem Kruppschen Bureau, insbesondere mit dessen Leiter Brand standen. Brand, der früher selber Angestellter der Heeresverwaltung war, hatte mit Zeugofizieren und auch mit anderen Beamten Verbindungen angelockt und hatte häufig mit ihnen in seinem Bureau Verhandlungen. Durch die Polizei wurden die in Frage kommenden Personen bei gelegentlichen Besuchen festgenommen und nach einem eingehenden Verhör in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Über die Art der Verhandlungen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, verlautet, daß die Angeklagten die Firma Krupp durch ihren Angestellten Brand über Neuanschaffungen oder Renditionen, die von der Militärverwaltung geplant waren, informierten, daß sie der Firma Krupp bei Submission ausführten die Preise der Konkurrenzfirmen, besonders der Rheinisch-Westfälischen Metallwarenfabrik, mitgeteilt hätten und daß die Firma Krupp Mitteilungen aus Südwähren oder Schlesien berichtet und Abschriften aus Büchern übergeben hätten. Die Angeklagten werden, wie wir hören, weiter beschuldigt, sich rechtmäßig Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung lag, verschafft und der Firma Krupp zugänglich gemacht zu haben. Die Bestellung, deren die Angeklagten beschuldigt werden, soll darin liegen, daß die Angeklagten sich und ihre Familien im Residenztheater und Varieté von Brand freihalten ließen, von ihm Darlehen entgegennahmen und schließlich auch Geldgeschäfte einzogen. Der Verlehr Brand mit den Angeklagten soll sich über viele Jahre erstreckt haben. Brand soll regelmäßig, besonders bei Submissionen der Heeresverwaltung, Berichte von den Angeklagten erhalten haben, die er dann sofort nach Erscheinen veröffentlichte. Durch diese Berichte soll es der Firma Krupp ermöglicht worden sein, die Konkurrenz zu unterbieten und ebenfalls die Zukunft die Preise für die Lieferungen zum Schaden der Heeresverwaltung zu erhöhen. Es soll auch gelungen sein, solche Berichte bei der Firma Krupp in Essen zu beschaffen. Die Angeklagten und auch Brand sollen bereits Geständnisse abgelegt und die ihnen im einzelnen zur Last gelegten Straftaten angegeben haben.

Wesentlich ist, daß, wie aus der Wiedergabe hervorgeht, sich Offiziere haben von der Firma bestochen lassen, nicht nur ganz untergeordnete Personen, wie ursprünglich behauptet worden ist. Schärfster Protest muß dagegen eingelegt werden, daß die Angelegenheit, die für das deutsche Volk höchst von höchstem Interesse ist, unter Auskluß der Öffentlichkeit behandelt werden soll. Zahlreiche Millionen sind aus den Taschen der Steuerzahler in den großen Gedankenspiel der Firma Krupp gellossen, da bat wahrhaftig das deutsche Volk ein Recht darauf, zu erfahren, wie es die Firma anging, um die guten Geschäfte mit dem Deutschen Reich zu machen, die ihr so viele Millionen einbringen. Aber die Firma Krupp hat so gute Verbindungen. Zur ihrem Direktoratigen Leute von hoher Rang, Verwandte, Freunde unserer höchsten Würdenträger in Heer, Marine und Verwaltung. Wilhelm II. ist den Besitzern der Kruppschen Werke sehr gewogen, und einer solchen, für das Vaterland so respektablen Firma muß man es doch ersparen, daß ihr öffentlich nachgewiesen wird, welch schamlose und gemeine Mittel von ihren Angestellten angewendet werden, um ihrer Firma die Millionenprosse zu verschaffen. Allerdings wird ja die Firma Krupp mit der Kriegsgerichtsverhandlung, wie sie auch immer ausfallen wird, nicht erledigt sein. Unser Genosse im Reichstag werden nicht eher ruhen, bis in der breitesten Öffentlichkeit volle Aufklärung über den Fall Krupp geschaffen worden ist.

Deutsches Reich.

Das Zentrum und die Wahlreform in Preußen.

Am Tag beschäftigt sich der Zentrumsführer Julius Bachem mit der Frage: Hat eine Wahlreform in Preußen jetzt Aussicht? Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die Aussichten auf eine Wahlreform in Preußen nicht gerade groß seien. Er schreibt unter anderem:

Aber selbst, wenn in der Wahlrechtsfrage eine Mehrheit der Linken und des Zentrums sich zusammenfüße, würde doch kein Wahlgegner zustande kommen, weshalb das Herrenhaus und die Regierung aufzutun würden. Preußen ist nicht das Reich, und in Preußen müste der Druck fehlen, welcher im Reich die Abstimmung, die Wehrvorlage und die Zeitungsvorlagen zusammen zu verabschieden, ausübt hat.

Die Ausführungen, eine Wahlreform in Preußen zu machen, haben sich einschneiend sogar insofern verschleiert, als die Ritterväter in Folge der Vorgänge im Reich zurecht wohl weniger als früher genutzt sein werden, dabei mitzutun. Die Ritterväter haben sich mehr denn je auf ihre starke Position in Preußen ausgestellt, um diese Position verhindern zu nicht zum wenigsten in Preußen gelten soll.

Dann führt er aus, daß die Wahlrechtsfrage deshalb so schwierig zu lösen sei, weil die Eigentumsinteressen der Parteien so stark verdeckt würden. Das Zentrum sei in der Wahlrechtsfrage am ehesten berufen, den ehrlichen Wahlen abzugeben, weil es auch bei einem anderen Wahlsystem bestehen könnte, der Linken auf den Leib geschnitten wären.

Dann führt er aus, daß die Wahlrechtsfrage deshalb so schwierig zu lösen sei, weil die Eigentumsinteressen der Parteien so stark verdeckt würden. Das Zentrum sei in der Wahlrechtsfrage am ehesten berufen, den ehrlichen Wahlen abzugeben, weil es auch bei einem anderen Wahlsystem bestehen könnte, der Linken auf den Leib geschnitten wären.

Dann führt er aus, daß die Wahlrechtsfrage deshalb so schwierig zu lösen sei, weil die Eigentumsinteressen der Parteien so stark verdeckt würden. Das Zentrum sei in der Wahlrechtsfrage am ehesten berufen, den ehrlichen Wahlen abzugeben, weil es auch bei einem anderen Wahlsystem bestehen könnte, der Linken auf den Leib geschnitten wären.

Was damals nicht gelingen wollte, scheint sich jetzt zu verwirklichen. Mit dem 1. Oktober d. J. geht eines der am besten renommierten Zentralblätter, der in Sachen zu Zentrumsmandat ebenfalls besser gestellt. Man braucht

sich daher nicht darüber zu wundern, daß es die Zentrum, welche mit einer Reform des preußischen Wahlrechts gar nicht eilig haben. Nur eine sehr fröhliche Volksbewegung, die die liberalen Herren auch um ihre Reichstagsmandate ättern läßt, dürfte instande sein, das Zentrum zu veranlassen, sich etwas energischer mit der Frage der Reform des preußischen Wahl-

Das Kandlerblatt entschuldigt sich.

Einige besonders eifrige staatsverhaltende Blätter hatten sich darüber aufgeregt, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in ihrem Rückblick den Sieg des Umsatzes im Saar-Wetzlar nicht in der gebürtlichen Weise mit Proklamationen ausgeschrieben die Preise der Konkurrenzfirmen, besonders der Rheinisch-Westfälischen Metallwarenfabrik, mitgeteilt hätten und daß die Firma Krupp Mittellungen aus Südwähren oder Schlesien berichtet und Abschriften aus Büchern übergeben hätten. Die Angeklagten werden, wie wir hören, weiter beschuldigt, sich rechtmäßig Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung lag, verschafft und der Firma Krupp zugänglich gemacht zu haben. Die Bestellung, deren die Angeklagten beschuldigt werden, soll darin liegen, daß die Angeklagten sich und ihre Familien im Residenztheater und Varieté von Brand freihalten ließen, von ihm Darlehen entgegennahmen und schließlich auch Geldgeschäfte einzogen. Der Verlehr Brand mit den Angeklagten soll sich über viele Jahre erstreckt haben. Brand soll regelmäßig, besonders bei Submissionen der Heeresverwaltung, Berichte von den Angeklagten erhalten haben, die er dann sofort nach Erscheinen veröffentlichte. Durch diese Berichte soll es der Firma Krupp ermöglicht worden sein, die Konkurrenz zu unterbieten und ebenfalls die Zukunft die Preise für die Lieferungen zum Schaden der Heeresverwaltung zu erhöhen. Es soll auch gelungen sein, solche Berichte bei der Firma Krupp in Essen zu beschaffen. Die Angeklagten und auch Brand sollen bereits Geständnisse abgelegt und die ihnen im einzelnen zur Last gelegten Straftaten angegeben haben.

Einen Blätter ist es aufgefallen, daß wir in unseren

leichten Rückblicken über die innere Politik den sozialdemokratischen Wahlkampf im Kreis Saar-Wetzlar nur statthaltig behandelt und nicht ausdrücklich bedauert haben. Unter Blättern haben auch Jahrzehnte ununterbrochen und ohne Schwankungen die Sozialdemokratie. Wir haben auch nie aufgehört, die Wahl unterstützend zu befürworten, die der Kämpfer im steigendem Maße der Sozialdemokratie antreten werden läßt. Das war das Ergebnis dieser Wahl ebenso bedauern und die der Sozialdemokratie gewährte Hilfe ebenso missbilligen wie die gehirnte bürgerliche Presse ist es selbstverständlich, daß diejenigen, die uns eine Kühne oder gar zweideutige Haltung vorwerfen, ein ganz mühsames Geschäft betreiben.

Die Blätter, die sich über das Verhalten der Norddeutschen klagt haben, werden durch diese Entschuldigung zufriedenstellend sein. Sie verlangen von einem Regierungsbüro, daß es keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um zum Kampf gegen den Umsatz zu tuen, auch wenn dabei schon hundertmal Gesagtes immer wiederholt werden muss. Sie machen ja auch nichts anderes.

Anerkennenswerter Liberalismus.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Weiß in Brandenburg sendet dem liberalen Brandenburger Anzeiger, der sich gegen die Stadtwahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei ausgesprochen hat, einen Brief, in dem es heißt:

Zu verstehe und würdig vorkommen, ohne sie zu teilen. die Anzahl vieler bürgerlicher Wähler, die die Sozialdemokratie für staatsähnlich halten und die Verlämpfung dieser Partei für ihre erste politische und nationale Pflicht halten. Außerdem aber muß ich mich dagegen vertheidigen, daß eine von jener abweichende Ansicht und Verächtigung als feinen mangelhaften nationalen Empfinden gebrandmarkt wird.

Es gibt Hunderttausende bürgerlicher Wähler im Deutschen Reich, die, bestellt von prokterer Liebe zu ihrem Vaterlande, höhere Ziele kennen als Verlämpfung der Sozialdemokratie um jeden Preis. Das haben u. a. die Nationalliberalen und Fortschrittler Wilhelm II. ist den Besitzern der Kruppschen Werke sehr gewogen, und einer solchen, für das Vaterland so respektablen Firma muß man es doch ersparen, daß ihr öffentlich nachgewiesen wird, welch schamlose und gemeine Mittel von ihren Angestellten angewendet werden, um ihrer Firma die Millionenprosse zu verschaffen. Allerdings wird ja die Firma Krupp mit der Kriegsgerichtsverhandlung, wie sie auch immer ausfallen wird, nicht erledigt sein. Unser Genosse im Reichstag werden nicht eher ruhen, bis in der breitesten Öffentlichkeit volle Aufklärung über den Fall Krupp geschaffen worden ist.

Ebenso hat es sich auch bei uns im Lande gezeigt und wird, so hoffe ich, immer deutlicher werden, daß es viele Zustände gibt, die es für ihre erste nationale Pflicht halten, mit allen Mitteln die Realität zu befähigen und die hierin den rechten Weg sehen, ihrem Vaterlande zu dienen.

Gedanke wie Bürger der Mark, inmitten Jahrhunderte langer jungerlicher Vorfahren, sollten diesen Standpunkt vertreten oder als billig oder objektiv denkende Männer ihn zum mindesten zu verstehen versuchen.

Da die offenen und manhaften Bekennisse zum Kampf gegen die Realität im fortgeschrittenen Lager immer noch selten sind, nehmen wir von dieser Erklärung eines alten Mitgliedes der freisinnigen Partei mit besonderer Genugtuung Vermerk.

„Vom liberalen Standpunkt.“

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hölsch vertritt sich in den Jungliberalen Blättern gegen die Angriffe, die in den letzten Wochen nicht nur in der konserватiven, sondern auch in einem Teil der nationalliberalen Presse gegen ihn erhoben worden sind.

Ich habe in momentlicher Abstimmung, allerdings als einziger der Fraktion, für den Artikel 10 im Abänderungsantrag Abstimmung und Genossen gestimmt. Dieser Artikel geht darauf hin, daß der Willkürabstoss gegen Gewerbetreibende wegen Ungehörigkeit zu einer Partei oder Religionen nicht unterstellt werden darf. Für diesen Grundtag hat sich der Reichstag in überwiegender Mehrheit erklart, was schon daraus vergeblich ist. Die Budgetkommission einer entsprechenden Resolution beschloß und beim Reichstag beantragte. Diese Resolution wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen; es stimmt dafür die gesamte Linke und eine große Anzahl des Zentrums. Da ich als Vertreter des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes aber gerade die Verhältnisse auf diesem Gebiete genau kennen und weiß, welche erheblichen Widerstände in den verschiedenen Landesteilen vorkommen, deshalb habe ich, da ich der Meinung bin, daß hier eine Resolution, die die Befolung befürchtet in den freien Willen der Regierung stellt, nicht genügt, für eine gesetzliche Bestimmung, die ich für wichtig halte, gestimmt. Daraus kann mir über liberalen Standpunkt aus wohl kein Vorwurf gemacht werden.

Vom liberalen Standpunkt gewinnt nicht. Aber Herr Hölsch vergibt, daß er der nationalliberalen Partei angehört. Da hat der liberale Standpunkt nur wenig Geltung.

Ein neuer Vorstoß der Berliner Richtung.

Von katholischer informierter Seite wird dem Wirkbaren Korrespondenzbüro aus Berlin gemeldet:

Es war von jeher das Streben der Berliner Richtung, durch eine große weitverbreitete Tagespresse vor allem im Westen publizistischen Einfluß zu gewinnen. Wurde doch in Aachen, die es wissen konnten, erzählt, daß dem Nachfolger des Kardinals Fischer alsbald nach seiner Wahl von einer einflussreichen Seite ein Kapital von einer halben Million Mark zur Verfügung gestellt wurde, um ein Konkurrenzunternehmen gegen die Kölnische Volkszeitung ins Leben zu rufen.

Was damals nicht gelingen wollte, scheint sich jetzt zu verwirklichen. Mit dem 1. Oktober d. J. geht eines der am besten renommierten Zentralblätter, der in Sachen zu Zentrumsmandat ebenfalls besser gestellt. Man braucht

Donnerstag

in Berlin
statt; die
mit größter
Rechtsanwalts
Zentrumspartei
stellen die To
sucht in politi
capital

Es liegt, der f
doktor S
ob man nu
ausgewähl
präzisierung
man in mehr
aber die hier
Kunst man
dienen diene

Cörper d
sind geme

die in Berlin ihren Sitz hat. Der Kaufpreis beträgt 1 Million Mark; die Verkaufsumhandlungen wurden in aller Stille und mit größter Vorsicht geführt.

Als Repräsentant des Verlages wird ein Aachener Redakteur in die Erscheinung treten, der sich bisher bei der Zentrumspartei betätigt hat; die Aachener Zentrumsgetreuen sollen die Tochter der Berliner Kapitalisten füllen, der Berliner auch in politischer Sinne.

Hinter dieser finanziellen Transaktion steht auch das Kapital derer v. Oppersdorff.

Es ist der Gedanke schon erwogen worden, oder besser gefragt, daß schon geistige Form angenommen, den bekannten Kaplan Schopen in die Redaktion des Blattes zu legen. So man nun von Anfang an das Visier läuft, bleibt abzuwarten. jedenfalls ist dieser neueste Vorstoß der Freien pädagogischen bzw. Jesuitischen Berliner Richtung im Weiten außerst bemerkenswert. Natürlich wird man in mehr oder weniger entrüsteten Dementis arbeiten, die aber die hier mitgeteilten Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Sollten solche Ablehnungsversuche kommen, dann könnte man mit weiteren nicht minder interessanten Einzelheiten dienen.

Opfer des Militärzugs. Aus dem Sennelager in Westhalen geht gemeldet, daß dort infolge großer Hitze bei den Nebungen, an welchen neben einer Reserve-Kavallerie-Abteilung auch das 88. und 57. Infanterie-Regiment teilnahmen, plötzlich etwa 50 Mann erstickten. Während die meisten sich bald erholten, starben drei Reiter am Hirschlag. Einer von ihnen war verheiratet und hinterläßt fünf kleine Kinder.

Rusland.

Holland.

Die Kabinettoskrise.

Amsterdam, 16. Juli. Der mit der Kabinettbildung beauftragte sozialdemokratische Führer Dr. Bos hat unserem Genossen Prinz eine Ministerpostlese gegeben, mit der Befüllung, es fehlte ein Kabinett zur Verfassungsbewilligung zu bilden auf Grundlage unserer Stichwahlbestimmungen zur Wahlkreisfrage und er werde in diesem Kabinett drei von den neuen Ministerposten für die Sozialdemokraten reservieren. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat dieselben auf den 24. und 25. Juli einen außerordentlichen Parteitag eingeladen, um über die Frage der Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an einer derartigen Kabinettbildung einen Beschluß herbeizuführen. Der Parteivorstand spricht sich gegen den Eintritt sozialdemokratischer Minister in ein gemeinsches Kabinett aus und teilt mit, daß nur ein Mitglied seiner Redaktion eine abweichende Meinung hat.

Frankreich.

Paris, 16. Juli.

Die Haereskommission des Senats hat heute den Entwurf des Militärgegesetzes, durch den die dreijährige Dienstzeit eingeführt wird, angenommen. Alle Mitglieder der Kommission erklärten sich für Einstellung der zwanzigjährigen. Auskunft der Beratungen schien folgendes System den Verfall der Freiheit der Kommission zu finden: Die Jahreskasse 1912 soll im nächsten Oktober, die Jahreskasse 1913 im März und April 1914 angehoben werden.

Die interparlamentarische medizinische Gruppe hat sich mit 25 gegen 5 Stimmen für die Einstellung der zwanzigjährigen ausgesprochen.

In der Deputiertenkammer trat Kriegsminister Etienne meignd für die Einstellung der zwanzigjährigen ein und bat die Kommission, für das Amendumment Abstimmung zu stimmen, daß diese Einstellung gezeigt und gestattet, diejenigen Mannschaften, die dreißig Jahre gebündet haben, bis zu ihrem Lebemitte in die Reserve in die Heimat zu entlassen. Das Amendumment wurde hierauf mit 370 gegen 199 Stimmen angenommen.

Türkei.

Die finanzielle Ausbeutung der Türkei.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Wie sich auch die politischen Verhältnisse und das Kriegsrecht gestalten, wie sich auch die Türkei windet und wendet, so versteht sie sich doch immer mehr in eine finanzielle Abhängigkeit, in eine Schuldenlast gegenüber der Hochfinanz Europas. Jede Regierung der Türkei wird strapaziert und klemmungslos ausgenutzt, um ihr neue drückende Verpflichtungen abzuerlegen, um sie auszuwuchern. Methodisch und zielbewußt wird die Türkei in wirtschaftlicher Beziehung in eine kapitalistische Kolonie verwandelt, und einträchtig wirken dabei die Großbanken aller Nationen zusammen.

Die Anleihe, die soeben die Stadt Konstantinopel mit der französischen Finanzgruppe Béranger abgeschlossen hatte, sollte, wie vermutet wurde, zum Teil dazu dienen, der Gelbost des Staatshauses abzuhelfen. Die Stadtpräfektur führte dann auch den ersten Schritt, den sie einlöste, sofort an den Staat ab — um ihre Schuld an diesen abzutragen. Nun lebt man sich die Bedingungen an, unter denen diese Anleihe abzuhängt wurde! Der Zinsfuß beträgt 5 Proz. der Ertragsfuß 86 pro 100. Die Stadt hat also in Wirtschaft 5,8 Proz. zu zahlen. Außerdem ist der Umrechnungsfaktor ein viel zu hoher, so daß man gut mit 6 Proz. rechnen kann. Das sind aber bloß die allgemeinen Bedingungen. In Wirtschaft soll die Anleihebetrag erst vier Monate nach Friedensschluß ausgezahlt werden, bis dahin gewährt das Haus Béranger et Cie. nur einen Vorschuss von ganzen 5 Millionen Frank, für die 6½ Proz. Zinsen zu zahlen sind. Über die Provisions, die gewöhnlich in solchen Fällen außerdem noch zu zahlen ist, erfährt man in der Offizialität nichts.

Also, um fünf Millionen Frank loszu zu bekommen, wählt die Stadt bezw. der Staat, denn die Anleihe ist unter Staatsgarantie, 6½ Prozent und verpflichtet sich, vier Monate nach dem Friedensschluß, also wenn der Zinsfuß seine normale Höhe erreichen und für Staatsanleihen kaum mehr als 4½ bis 5 Prozent erreichen wird, weitere 20 Millionen zu 6 Proz. aufzunehmen! Die Vorschuss kommt auf diese Weise auf rund 10 Proz. zu stehen, wobei die Provisions nicht mitgerechnet ist.

Das sind aber nur erst die direkten Bedingungen der Anleihe bezw. des Vorschusses. Über bei allen Anleihen, die mit der Türkei abgeschlossen werden, laufen Nebengeschäfte mit. Gleichzeitig mit den Anleihen werden Konzessionsverträge abgeschlossen, die als selbständige Abniedrigungen erscheinen, in Wirtschaft aber mit zu den Anleihebedingungen gehören. So kommt auch jetzt gleichzeitig mit dem Anleiheabschluß die Nachträge, das an dasselbe Haus Béranger et Cie. die Eisenbahnkonzession Dardanelles — Smyrna vergeben werden sei. Lieber die Bedingungen der Konzession erfährt man vorläufig nichts.

Und das alles wegen fünf Millionen Frank? So groß auch die Geldnot des Staates sein mag, so ist doch

erstens dieser durch fünf Millionen Frank nicht abgeholt, zweitens das Wirtschaftsverständnis zwischen Leistung und Gegenleistung viel zu groß. Da mir die objektiven Grundlagen zu einem wissenschaftlichen Urteil in dieser Frage fehlen, so begnügen ich mich damit, die Tatsache als sonderbar, höchst sonderbar zu bezeichnen.

Aus aller Welt.

Der Bahnhübergang.

Bei Rathenow führt, etwa tausend Meter von der Stadt entfernt, eine Straße über das Gleis der Lehrter Bahn hinweg. Dieser Bahnhübergang steht im Laufe einer regelmäßigen Menschenflöte. Wenn auch die Jüge hier keine Kurve zu passieren haben, so verdeckt doch dichten Verkehr die Übersicht über die Straße, und wenn einmal der Schrankenfuß nicht rechtzeitig erfolge oder nicht funktioniere, gäbe es fast jedesmal ein Unglück. Eine ganze Reihe schwerer und tödlicher Unfälle hat sich schon an dieser Stelle zugegraut — der Bahnhübergang blieb in seiner alten Verfassung. Menschenblut ist dort schon über die Schienen gespritzt — der Bahnhübergang blieb wie er war. Am Jahre 1896 ritt ein Rittermeister der Rittermeister-Husaren, v. Kap-Herr, über das Gleis (die Straße führt nach dem Eigentyp der Husaren). Er wurde an dieser Stelle vom heranrausenden Zug erfaßt und getötet — der Bahnhübergang blieb in seiner alten Verfassung. Am vorigen Jahr passierte ein Ziegelseifizer mit seinem Wagen den Bahnhübergang. Ein heraustrudelnder Zug erfaßte die Person und tötete sie, der Ziegelseifizer entran dem Ende nur wie durch ein Wunder — der Bahnhübergang blieb in seiner alten Verfassung. Menschenblut, und sei es dann eines abgängigen Ritters, ist kein so besonderer Soß, daß es vermöchte, dem verschlossenen Geldkasten der Eisenbahnverwaltung beigezumessen.

Aber aber ist an dieser Stelle ein leibhaftiger Prinz in Lebensgefahr geraten — nun wird wohl endlich der Bahnhübergang gründert werden. Gestern morgen, am 17. Juli, ritt nämlich Prinz Ernst August von Cumberland, der fürtig unter der Teilnahme der Photographen aller illustrierten Blätter angekommene Gemahl der Prinzessin Victoria Louise, an der Spitze des Zietenkavallerie-Regiments zu einer Feldübung aus. Der Weg führte über den Bahnhübergang. Und da wieder — als eben die vorbereitenden Trompeter das Gleis übertritten hatten und eben der Prinz das Gleis passierte, brauste der holländische Schnellzug heran. Diesmal ließ es noch gut ab. Der Prinz — so melden bürgerliche Blätter — überfuhr noch im letzten Augenblick die gefährliche Situation und riß sein Pferd noch rechtzeitig herum, daß es unmittelbar vor dem heraustrudelnden Zug noch zur Seite springen konnte. So kam der Prinz, der wie Augenzeugen berichten, freudeleidig gerettet, daß die Schranken gerade in dem Augenblick, als sich der Zug auf den Schienen befand, heruntergefallen waren; es sei jedoch noch gelungen, eine derartige Stütze zu schnüren zu öffnen, daß der Zug trotz vor dem Herannahen des Zuges den Bahnhübergang verlassen konnte. Demgegenüber will man aber in Rathenow wissen, daß der Vorfall auf ein Versehen zurückzuführen sei, durch das der Zug wohl nicht rechtzeitig genug signalisiert worden sei. Es wird behauptet, daß die Schranken noch nicht geschlossen gewesen seien.

Na, kurz und gut, dießmal wäre heimlich ein Prinz das Opfer dieser Menschenfalle geworden. Und da schnappt natürlich sofort der Apparat ein — die Untersuchung ist im Gang. Sie wird — so lang es bisher immer — irgend einen Beamten als Sünderboden herausfinden, der dann sichtbar vor aller Welt gehängt (bildlich gemeint natürlich) werden wird. Doch diesmal wird das allein nicht genügen. Man wird den Bahnhübergang endlich abändern müssen. Vor fünfzehn Jahren wurde an dieser Stelle der Rittmeister v. Kap-Herr getötet. Seit fünfzehn Jahren also mindestens droht den Rathenomern die Gefahr, dort ihr Leben zu lassen. Eine ganze Unglückschronik konnte seitdem über diesen Bahnhübergang geschehen werden — es nützt alles nichts. Jetzt kam ein Prinz in Gefahr — jetzt endlich wird das Eis der Sparsamkeit schmelzen, jetzt endlich wird Rathenow von dieser Menschenfalle bestreit werden. Das heißt: hoffentlich!

23 Grubenarbeiter verbrannt.

Gaeta Hermimi, 16. Juli. In der Schwefelgrube von San Giovanniello Lodio, in der 700 Bergarbeiter beschäftigt waren, brach Feuer aus. Die Arbeiter versuchten auszulaufen, aber es war nur ein Ausgang vorhanden, so daß sich nicht alle retten konnten. 23 Männer sind nicht ausgelaufen. Man fürchtet, daß sie umgekommen sind. Wegen der großen Menge von Gasen ist Rettung unmöglich.

Eine Abnormalität.

Im Wiener Stadtteil Margareten starb dieser Tage ein Handelsjäger namens Kraus, der sich von der Waffe der Hausbesitzer so sehr unterdrückt, daß er der Druden häufze der Zeitungen wert ist. Der Verlobte hat sich schon zu seinen Vorfahren als Freund seines Mieters erwiesen. Er machte die Kriegsangehörigen, mit denen sich die meisten seiner Standesgenossen auszeichneten, nicht mit und ist seinen Mietern, die meist Arbeiter waren, immer verständnisvoll entgegengekommen. Als Beispielweise eine Partei des Eis nicht begegnen konnte und deshalb standigte, bot er den armen Leuten nicht nur den schuligen Zins ab, sondern ihnen auch noch die Mittel zum Umgang gegeben. Auch in seinem Testamente hat er nun seinen Mietern gedacht: er hat alle seinen Mietern als Legal ausgeschafft, so daß sie den Mietzins für das nächste Vierteljahr nicht zu zahlen brauchen. Viele Haushalter dieser Sorte dürften man in Wien nicht finden.

Im Dresden auch nicht?

Dresdner Polizeibericht vom 17. Juli.

Einsatz vom Straßenbahnenwagen. Am Sonntag abend stürzte auf der Leipzigerstraße ein Wälder vom Bordperron eines Straßenbahnenwagens. Ein plötzlicher Oberwindschaukel verhinderte den Unfall.

Rettung eines Knaben aus der Elbe. Am Terrassenufer fand am Dienstag vormittag beim Spielen auf einer zur Elbe führenden Treppe ein dreijähriger Knabe in den Strom. Der Steuermann Hirsel von der Sachsen-Böhmen-Dampfschiffahrts-Gesellschaft brachte das Kind mit Hilfe eines Rettungssackes ans Land zurück.

Bericht der Landespolizei.

Am 12. Juli 1913 ist bei Dresden der Verleih eines neu gebauten Kindes männlichen Geschlechts aus der Elbe gezogen worden. Die Kindesleiche war zunächst in einer Zeitung — Dresdner Neueste Nachrichten vom 13. Mai 1913 — dann in je einem Bogen blaues und graues Papier eingeschlagen und mit Bindfaden verflochten. Das Kind kann nur kurze Zeit im Wasser gelegen haben. Sachverständige Wahrschauungen, die zur Ermittlung der Kindessterblichkeit dienen können, werden an die Landespolizeiabteilung Dresden-Schlesisches Tor — 7, 8, Eingang Landhausstraße, ertheilt.

Prognose der ländlichen Landeskriminalstatistik

für den 18. Juli:

Südwestwind, aufklarend, wärmer, trocken.

Wetterlage: Der hohe Druck hat sich von seinem Maximum im Südwesten weiter nach Zentral-europa ausgedehnt. Die nordöstliche Depression ist im Abzug begriffen. Eine neue naht im Nordwesten des Witterungsgebietes. Da wir noch unter dem Einfluß des östlichen Minimums stehen, so daß Wetter bei nordwestlichen Winden meist trüb und kühl. In Süddeutschland treten auch Regenschläge auf. Mit der weiteren Ausbreitung des hohen Drucks ist allmäßliche Auflösung und Wärmezunahme zu erwarten.

Wasserstände der Elbe: Sudweis — 2, Verdunzig — 50, Brandis — 7, Melnik — 46, Leitmeritz — 6, Zusig — 20, Dresden — 118.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Friedrich-August-Bastei

vom 17. Juli, mittags 12 Uhr.

Barometer 758. Veränderlich.

Thermometer +21° R.

Thermometerograph: Min. +11°, Maxim. +24°.

Hygrometer 64%.

Wasserstand der Elbe — 118 Centimeter.

Wasserwärme +14 Grad R.

Letzte Telegramme.

Hebdenbemühungen.

Paris, 17. Juli. Nach einer Blättermeldung beauftragte Minister Bichon telegraphisch den Gesandten in Sofia, der bulgarischen Regierung dringend zu empfehlen, daß sie schnellst einen Bevollmächtigten nach Niš entsende, um mit dem Vertretern Serbiens, Griechenlands und Montenegro über den sozialen Friedensschluß zu verhandeln. Seiner telegraphierte Minister Bichon an den französischen Vertreter in Konstantinopel, damit dieser im Einvernehmen mit den Vertretern der anderen Großmächte einen Schritt bei der Porte unternehme, um dort ihr zu verlangen, daß sie den Londoner Friedensschluß einhalte und die Truppen an die Linie Eros-Midia zurückbeschere. Schließlich hat Bichon auch einen Schritt in Bularest vorgeschlagen, damit die rumänischen Truppen nicht in Sofia eindringen.

Oesterreichische Stimmlistung?

Paris, 17. Juli. Der Petersburger Korrespondent des Figaro telegraphiert: Der österreichisch-ungarische Botschafter hat infolge der ihm zugemachten dringenden Befüllungen einen Schritt bei der russischen Regierung unternommen und die Notwendigkeit betont, den Friedensschluß ungefährt einzuhalt zu tun, da seine Regierung eine Verschmelzung Bulgarien nicht dulden könnte.

Die rumänische Note.

Bularest, 17. Juli. Im Note an die Großmächte legt die rumänische Regierung die Geschäftspunkte dar, die für Rumänien bei Abschluß des allgemeinen Friedens maßgebend sind. Sie erklärt ferner, daß die neue Dobrußegrenze die Linie Turnu-Schei-Bulgarien entlang läuft, jedoch im einzelnen so, daß sie eine strategische Grenze im modernen Sinne darstellt.

Bularest, 17. Juli. Die Regierung hat Maßregeln ergriffen, um den Anlauf von Land in den neudeutschten Gebieten zu verhindern. Dem Parlament wird ein Gesetz mit vollziehender Kraft vorgelegt werden, das derartige Räume annulliert. Der Staat wird sich das Vorlauffrechte sichern, um rumänische Kolonien anzufordern.

Der rumänische Vormarsch.

Sofia, 17. Juli. Rumänische Infanterie hat Waltsch-Bobrisch-Turtucal befreit. Rumänische Artillerie patrouillierte gestern früh das Dorf Nahodz zwischen Turtucal und Russuk. Die Rumänen stießen nirgends auf Widerstand, so wurden vielmehr von den Verwaltungsbüroen empfangen. Zahlreiche Bulgaren haben die von den rumänischen Truppen besetzten Orte verlassen und sind in das Innere des Landes geflüchtet.

Der Marsch auf Adrianopel.

Konstantinopel, 17. Juli. Die Türken segnen ihren Marsch ohne Widerstand fort. Voraussichtlich wird heute die Linie Midia-Eros vollständig besiegt werden. Der bulgarische Gouverneur von Rodosso sowie einige Beamte und Gendarmen wurden zu Gefangenen gemacht. Die Beamten werden jedoch wieder freigelassen werden. In Rodosso ist ein türkischer Gouverneur eingesetzt, den Gesandtschaften ein Memorandum gegen die Ausschreitungen der Bulgaren zu unterbreiten.

Konstantinopel, 17. Juli. Die türkischen Truppen segnen ihren Marsch fort. Die Eisenbahnzüge fahren bis Tschorlu. Zeitungsnachrichten zufolge besetzten die Türken gestern abend Midia. Die Bulgaren ließen im Silber Untersteeminen zurück, die die türkischen Behörden entfernen lassen werden.

Abrianopel geräumt?

Konstantinopel, 17. Juli. Nach hier eingetroffenen Tripartitischen Nachrichten sollen die Bulgaren Abrianopel geräumt haben und nur einige Patrouillen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgelassen haben.

Kriegsgreuel.

Saloniki, 17. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die bulgarischen Truppen haben bei ihrer Flucht von Varna in Demirgatz große Grausamkeiten verübt. 104 Notabeln wurden durch Balkanethische getötet oder verwundet. Die Ausschreitungen der Bulgaren richteten sich auch gegen Frauen, Kinder und Greise. Vom Erdbeben und drei Priestern wurden die Augen ausgehauen und die Arme abgeschnitten. Diese Grausamkeiten sind von regulären Soldaten des 2. und 21. Regiments sowie von den Offizieren dieser Regimenter verübt worden.

Die Revolte im Jangtschekal.

Shanghai, 17. Juli. Die Revolte im Jangtschekal breitet sich augenzwinkernd aus

Schänkstätte, weil er davon unliebhafte Wirkungen, wie Herumwerfen von Flaschen, Herren des Grases usw., erwarte. Die Badenden könnten sich durch Trinkwasser, das ein nahe Brunnen liefere, erfrischen. Der Betrieb selbst ist einwandfrei befunden worden.

Der Verlegerstatter, Apothekenbesitzer Schabel-Rößlschenbroda, konnte jedoch nicht alle Bedenken unterdrücken, ob der genannte Verein lediglich bestrebt sei, die Volksgesundheit zu fördern. So hält der Verein am Sonnabend den 21. Juni einen Wanderausflug nach dem Croquerie-Rähnitz veranstaltet, wo bis gegen 2 Uhr nachts gelangt werden soll; danach wäre es noch dem Waldleicht zurückgegangen, wo "Rößlschenbach" stattgefunden hätte. (1) Der Zusammensetzung-Gesellschaft gehört nun auch die Witwe Michel an, die inzwischen die Pläne für das Bierfest, die Ankleideräume usw. eingerichtet hat. Der Platz auf dem die Schänkstätte errichtet werden soll, ist frei, sonnig und übersichtlich. Der Verlegerstatter war der Meinung, doch füllt etwas weitgehend erfüllt. Er empfahl, das Bierfest der Frau Michel zunehmend zu pflegen, um so genommen, und wieviel davon hin, dass die Geschäftsführerin in Folge der Vergorgerung der Genehmigung schon sehr geschädigt worden sei; die Frau wollte sich allen Bedingungen unterwerfen. Eigentlich liege nun der Fall allerdings noch imponieren, als dass es auf Grund, dass der Verein von dem Gutsbesitzer Rößlschenbach gebraucht hat, von diesem auch an die Frau Michel verpaßt worden ist. Der letztere ist auch das Recht, das Land jederzeit sämtlich zu erwerben, zugeschlagen werden. Die rechtlichen Verhältnisse wegen des fraglichen Stücks Land seien jedenfalls sehr verzweigt. Zumindest sei es wünschenswert, dass bald geeignete Verhältnisse geschaffen und sanitäre Anlagen errichtet werden, und da an sich gegen die Familienbäder nichts einzawenden sei, empfehle sich die Konzessionserteilung. Der Amtsbaumeister war gegen den Vorschlag des Referenten, hauptsächlich aus politischen Gründen. Eine Schänkstätte müsste nach Lage und Beschaffenheit den polizeilichen Anforderungen entsprechen. Der nach dem Vorderplatz angestrebte Weg würde über ein Staatsgrundstück führen und dazu würde der Zustand nicht seine Genehmigung geben. (Warum denn nicht?) Der Vorschlag des Verlegerstatters, der bereits die Genehmigung des Beauftragten ausweist, sei der Geschäftsführerin nicht vorgelegt worden; es sei also davon Zweifel, wenn sie sich schon in Unzufriedenheit gestürzt habe. (1) Am heutigen Samstag, wenn der Amtshauptmann an, dass der vom Verein Volksgesundheit ausgeschlagte Vorschlag nicht ideal sei, und dass auch auf Erörterung gesesehen werde. (Noch einmal: Schließlich wurde gegen eine Stimme (1) das Gesuch abgelehnt.)

Handwerkstechnischer Betrieb oder Heilkunde?

Der Dentist Schubert unterhält in Dresden unter der Bezeichnung Zahnpraxis Fortschritt ein zahntechnisches Laboratorium, in dem er sechs Lehrlinge (1) beschäftigt. Vom Stadtrat war er aufgefordert worden, "nur" vier Lehrlinge gleichzeitig anzuleiten. Da er dem nicht nachkam, wurde hier eine Zuständigkeit gegen die §§ 128 und 148, Absatz 9b der Reichsgewerbeordnung erklungen. Er verteidigte sich damit, dass die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf Zahndentisten und Zahntechniker nicht anwendbar seien, weil diese auch die Heilkunde ausüben. Schöffengericht und Beauftragungsinstanz haben sich dieser Ausfassung angeschlossen und den Angeklagten freigesprochen. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen befasse sich der Angeklagte nicht nur mit rein technischen Arbeiten, sondern auch mit der Untersuchung des Zahngeschäfts, der Ausmesung und dem Desinfizieren der Mundhöhle, dem Blutstillen nach Entfernen der Zähne usw. Beim Gewerbe eines Zahndentisten liegen sich die Gebiete der Zahntechnik und der Zahnheilkunde schwer voneinander trennen. Das Publikum nehme auch an, dass der Dentist die in das Gebiet der Zahnheilkunde fallenden Arbeiten entweder selbst oder durch seine Gehilfen ausführen. Die Tätigkeit des Angeklagten sei also der Zahnheilkunde hinzuzurechnen, mithin könne die Gewerbeordnung auf seinen Geschäftsbetrieb nicht angewendet werden. — Zweck der Beibehaltung einer prinzipiellen Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Gerichtet wurde Verlehnung des Begriffs Zahnheilkunde. Es fehle an jeder Feststellung, ob der Angeklagte bezüglich seiner Gehilfen befähigt sei, die Zahnheilkunde auszuüben, ob es sich bei der fraglichen Tätigkeit nur um rein technische Handgriffe oder um eine wissenschaftliche Ausbildung handle, und ob man es mit einem handwerkstechnischen Betrieb oder der Zahnheilkunde zu tun habe. — Der Angeklagte behauptete, dass beim Dentisten die Heilkunde die Zahnheilkunst überliefere. — Das Oberlandesgericht hat unter Übernahme der Kosten auf die Staatsklasse die Revision verworfen, den Freispruch also bestätigt und sich damit der Rechtsprechung des badischen und Württembergischen Oberlandesgerichts angeschlossen. Der Angeklagte gehörte nicht zu den Leuten, auf die die Gewerbeordnung anzuwenden sei. Ob die Ausübung der Zahnheilkunde bei der Tätigkeit des Angeklagten 50 Prozent oder etwas mehr oder weniger ausmache, darauf könne es nicht ankommen, jedenfalls über er zu einem großen Teile die Zahnheilkunde aus. Wenn die Gewerbezammer annimme, dass der Angeklagte Lehrlingszüchter betreibe, so sei es Sache der Landesregierung, im Verordnungswege einzutreten.

Nochmals der Kirtus.

Zu den Klopfen Stosch-Sartasani über die Behörden gegenüber seinem Dresdner Unternehmen wird dem Amtsblatt von "zuständiger" Seite mitgeteilt: Die Klagen des Direktors Stosch-Sartasani sind nicht gerechtfertigt. Zum Ist von Anfang an von Seiten der Behörden, sowohl der Polizeidirektion als des Stadtrates, in jeder Beziehung das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen worden. Es wurden ihm Zugeständnisse wie noch kaum einem anderen Unternehmer in Dresden gemacht. Er hat die Ressame in Dresden in einem an amerikanische Verhältnisse erinnernden Umfang betrieben dürfen, und es sind dem Stadtrat gegenüber sogar vielfach aus der Mitte der Bürgerschaft Vorstellungen erhoben worden, dass er diese Ressame zugelassen habe. Aber auch von der Polizeidirektion sind dem Direktor Stosch-Sartasani hinsichtlich des Betriebes seines Zirkusunternehmens mit des damit verbundenen Trocadéros weitgehende Zugeständnisse gemacht und es ist ihm namenlich für das letztere eine über das sonst bei derartigen Unternehmen übliche Weit hinausgehende Schlusszusage nachgelassen worden. Die beteiligten Behörden haben dabei durchaus in Erachtung gezogen, dass Direktor Stosch-Sartasani zur Gründung seines Dresdner Unternehmens große finanzielle Aufwendungen habe machen müssen, und dass es daher der Willigkeit entspreche, ihm die Durchführung seines Unternehmens nach Möglichkeit zu erleichtern. Aber wenn sich Direktor Stosch-Sartasani darüber beschlägt, dass er an gewissen Tagen, an denen nach den über die sogenannte Kiste in Sachsen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Ueberfahrt bei der Saloppe ein 17 Jahre altes Dienstmaiden von einem Rahmen aus, wurde aber von einem Herrn, der nachsprang, gerettet. — Am 9. Juli ist auf der Bahnhofstraße von Sonn- und Festtagen gemäß den hierüber be-

lebenden Landespolizeilichen Vorschriften die Darbietungen in seinem Trocadéro schon um 2 Uhr morgens habe beenden müssen, oder wenn er verlangt, dass in seinem Trocadéro jede Nacht bis in die Morgenstunden hinein vom Publikum ohne die dazu erforderliche Konzession getanzt werden dürfe, so sind das Forderungen, die auf das Verlangen hinauslaufen, außerhalb der Gesetze zu stehen. Aber auch hiervon abgesehen, kann die Behörde unmöglich so weit gehen, dem Direktor Stosch-Sartasani auf die Dauer Zugeständnisse zu machen, die mit den hinsichtlich des Maizes der öffentlichen Veranlagungen in Dresden bestehenden Grundsätzen vollständig in Widerspruch stehen und daher auch anderen Unternehmern in Dresden nicht gemacht werden können. Sollte Direktor Stosch-Sartasani, was gewiss zu bedauern wäre, im vergangenen Winter seine Erwartungen in geschäftlicher Beziehung nicht voll erfüllt gesehen haben, so dürfte die Ursache dafür wohl in anderen Umständen zu suchen sein, als in dem mangelnden Entgegenkommen der Behörden.

Wege in der Heide.

Eine neue Wegemarkierung in der Dresdner Heide ist jetzt auf Anregung des ersten Verschönerungvereins zu Kloster-Angerswald in einheitlicher Weise von den verschiedenen Vereinen der die Heide umrahmenden Orte durchgeführt worden. Durch diese neue Markierung sind die schönsten Punkte der Heide auch denjenigen erschlossen worden, die mit den Begen und Straßen dieses herrlichen Waldgebietes bis jetzt noch nicht so vertraut waren. Die Markierung ist in der Weise ausgeführt worden, dass für jeden der in Frage kommenden Orte eine Farbendezeichnung bestimmt wurde, und zwar für Kloster-Angerswald blau, für Weixdorf-Lausa blau mit weißem Strich, für Langenbrück grün, für Pleagan gelb, für Radeberg gold mit schwarzem Strich, für Üllersdorf weiß, für Weißen Hirsch rot und für Mühlau rot mit einem B. An den Zugängen zur Heide sind in den genannten Orten Tafeln aufgestellt, die in übersichtlicher Weise die Bedeutung der Markierungsschilder erklären. Die neue Wegemarkierung ist von der Forstverwaltung genehmigt worden und in der Vorarbeitszeitung, dass sie in gutem Stand erhalten wird und dass die Vereine für Reinhalterung der Wege und Ruheplätze und für Fernhaltung aller Beschädigungen des Waldes bestrebt bleiben. Obwohl nun jährlich viele hundert Markt für Reinhalterung ausgegeben werden, ist der Erfolg einzufließendes bisher nicht gewesen. Papier, Flaschen, Zigarettenashtrachen, Blechbüchsen, Aschefässchen und anderes werden achtlos beiseite geworfen, ebenso ist das Abbrechen von Zweigen und insbesondere der Spitzen von jungen Waldbäumen immer wieder wahrgenommen. Auch die mit großen Kosten hergestellten Ruheplätze und ausgestellten Bänke werden festgestellt beschädigt und öfters vollständig zertrümmer. Die Heidebesucher werden dringend gebeten, diesem Unrat entgegenzuwirken. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir wiederholt auf die recht erwünschte Schaffung einiger Schuhstühlen in dem großen Komplex der Dresdner Heide hinweisen.

Grausiges Wohnungselend.

Vom städtischen Wohnungsamt wird uns geschrieben: „Unter dieser Spitzmiete erscheint in Nr. 155 der Dresdner Volkszeitung ein Aufsatz, der der Richtigstellung bedarf. Gleich ist die Behauptung, die an den Juvaliden abvermietete Kammer sei etwa 3 Meter lang und 1½ Meter breit. Sie ist 5½ Meter lang, 2 Meter breit und bebarbar. Gleich ist die Behauptung, in der anderen, höheren Stube hausten seit Wochen sieben Personen, vier Erwachsene und drei Kinder. Das Ehepaar K. das sonst die Stube allein bewohnt, hatte in den übrigens 5½ Meter langen und 4,15 Meter breiten zweizimmerigen Raum aus Mitleid zwei Kinder der ihm bekannten Familie L. aufgenommen, die aber nicht seit acht Jahren in Dresden wohnen, sondern vor kurzem aus einer auswärtigen Landgemeinde zugezogen ist. Also nur zwei Erwachsene und zwei Kinder „belanden sich“ in der Stube! Der Familienvater L. hat lediglich mitunter die Nacht in dem dunklen Vorraum zugebracht, sonst bei seiner Mutter gewohnt. Halbtags und zurückzuweilen ist die Behauptung, die Wohlfahrtspolizei habe von der Überfüllung der Wohnung gewusst, aber nicht nur nichts dagegen getan, sondern sogar auf Fortdauer des Zustandes hingewirkt. Bei der wohnungs-polizeilichen Aufnahme des Hauses durch die städtische Wohnungsinspektion im Jahre 1911 (unter Bericht spricht aber von 1913! D. Red.) war eine der Wohnungsordnung entsprechende Beleidigung und Ausmuthung der Wohnung festgestellt worden. Die Eheleute K. haben sich ohne Rummung von Wohnung und Namen lediglich auf der Wohlfahrts-Polizeiwache Rats erholt, wie sie zwei aus Mitleid aufgenommene Kinder „wieder los werden könnten“. Von einer Wohnungsüberfüllung haben sie nichts erwähnt. Sie sind vorschriftsgemäß an das hierfür zuständige städtische Fürsorgeamt gewiesen worden. Waren sie diesem Hinweis gefolgt, so wäre die Überfüllung im wesentlichen längst beseitigt. Das zur Regelung erforderliche ist sofort wohnungsmäßig verfügt und insbesondere den Wohnungsinhaber die Aufnahme anderer Personen als des Untermieters in die Wohnung unterzogen worden.“

Das in der Richtigstellung zuletzt Gesagte ist für uns die Hauptfache. Im übrigen sind die Angaben des Wohnungs-amtes meist unverständlich. Wir bemerken aber, dass außer unserem Gewährsmann drei Zeugen die Richtigkeit unseres Artikels bestätigen wollen.

Unfall. In eine Autodroschke lief an der Kreuzung der Rosengasse und der Freiberger Straße ein Radfahrer aus Wilsdruff, der, von der Rosengasse herkommend, vor einem aus Pößnitz herannahenden Straßenbahnenwagen die Straße noch passieren wollte. Er erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf und an einem Arm, so dass er nach dem Krankenhaus Friedrichstadt befördert werden musste.

Neue Bürger. Im Monat Juni wurde 406 jüdischen Einwohnern des Dresdner Bürgerrecht erlaubt, darunter sieben Ansässige. Dem Bericht nach befinden sich unter den neuen Bürgern 245 Arbeitnehmer und Gehilfen.

Billigere Kartoffeln. Aufgrund Überfüllung des Marktes sind die Kartoffelpreise bedeutend gesunken. Magdeburger Großhändler bieten neue Kartoffeln samt Säcken den Rentner mit 3,50 M. bis 3,20 M. an. Die nahwarme Bitterung läuft eine ausgezeichnete Kartoffelernte erwarten.

Bermischte Nachrichten. In die Elbe sprang während der Ueberfahrt bei der Saloppe ein 17 Jahre alter Dienstmaiden von einem Rahmen aus, wurde aber von einem Herrn, der nachsprang, gerettet. — Am 9. Juli ist auf der Bahnhofstraße

Ortrand-Schönfeld der Leichnam eines Kindes aufgefunden worden, das nach der Geburt nur kurze Zeit gelebt hat, durch Zerrüttung des Schädel vorläufig gelöscht und wahrscheinlich als Leiche aus dem Eisenbahnzug geworfen worden ist. Der Leichnam war durchweg mit einer schwarzen, erbigen Masse, ähnlich dem Kohlenstaub, beschmutzt. Auf die Eintrittsstelle der Kindesmutter oder sonst an der Kindesstirbtung befindet der Richter Dresden eine Belohnung von 300 Mark aus.

In dem Konkursverfahren der Bau- und Grundstücks-Gesellschaft Gömmern wird eine Gläubigerversammlung zur Beschlussfassung über die von dem Verwalter beantragte Einstellung des Verfahrens mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse vor das Amtsgericht berufen.

Aus der Umgebung.

Aus den Bezirksoausfällen.

Der Bezirksoausfall der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Es wurden genehmigt bzw. befürwortet die Verwendung von Stammmengengeldern in der Gemeinde Weixdorf zu Straßenzwecken, der 5. Radtag zur Sparkassenordnung für Loschwitz (Erhöhung der Einlagensteife und Einführung der Höhungsverzinsung), der 2. Radtag zum Statut über die Gehaltsverhältnisse und die Gewährung von Pension usw. an die berufsmäßigen Beamten von Blasewitz, der 1. Radtag zur Anlagenordnung für die Gemeinde Schönborn (Einführung der Gemeinde-Einkommensteuerstaffel), die Verbindung der Armenstube mit der Gemeindeklasse, der 1. Radtag zu den Bauburdenschriften für die Salzstraße in Loschwitz und die Änderung der Teilbauantragssätze, der 2. Radtag zur Sparkassenordnung für Raundorf, die Satzung des Gemeindeverbandes für Unterhaltung einer allgemeinen Ortskassenkasse für Dresden und Dresden-Albertstadt, das Ortsgesetz über die Erhebung einer Rettungssteuer in Niederlößnitz, das Ortsgesetz der Gemeinde Langenberg über das Gaswerk, die Ordnung für die Erhebung der Abgaben von Tanztvergnügen und Lohnarbeiten aller Art sowie einiger Polizeigebühren in der Gemeinde Niederpöritz, die Anerkennung der Berufsmäßigkeit des Gemeindevorstands Kempe von Bötzsheim vom Tage seines Amtsantritts, das Gesetz der Gemeinden Radebeul, Rößlschenbroda, Raundorf und Wahnendorf um Vereinfachung von § 16 der neu. Landgemeindeordnung wegen Erhebung einer Rettungssteuer und die Erhöhung des Zuschusses für Einlagen bei der Sparkasse Rößlschenbroda von 3½ auf 3¾ Proz. — Die der Gemeinde Grünberg zu gehörende Begebaudichte aus Staatsmitteln auf das Jahr 1913 wurde auf 1050 M. herabgesetzt, während den Gemeinden Schullwitz, Wallroda und Wilsdruff noch je weitere 50 M. zugesprochen wurden.

Die Änderung der Sitzungen der Genossenschaften in Rößlschenbroda für Neu- und Antonstadt Dresden soll bei der Bezirksoberverhandlung befürwortet werden. — Zugestimmt wurde weiter dem Erlass einer Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft, die eine Änderung der Bestimmungen über die Veranstaltung finanziatographischer Vorführungen vorsieht. Entsprechend dem Vorgehen der Polizeidirektion Dresden soll auch für den amtsbauprätischlichen Bereich die Saumsgrenze für Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr ausgedehnt werden. Nach 7 Uhr abends ist den Jugendlichen der Verlust eines Autos überhaupt verboten. — Folgende Konzessionsgesuche wurden genehmigt: Kasten in Eisenberg, Ahnert in Wachwitz, Görde in Leuben, Röder in Loschwitz. Abgelehnt wurden die Gesuche der Berliner in Blasewitz, Thiemes in Loschwitz und Kühnes in Niederpöritz.

Kostebande. Hier sind in den letzten Tagen wiederholt kleine Kinder, die zur Versorgung von Einflüssen von ihren Eltern ausgeschildert worden waren, die mitgegebenen Kleiderstücke gestohlen worden. Jetzt hat man den Spitzbüben in der Person eines 12 Jahre alten Schulfahnen aus Steglitz ermittelt. Bei seinem Verhör gestand er weiter ein, einem bissigen Wirtschaftsbesitzer Stachelsbergen in größeren Mengen aus seinem hinter dem Bahnhof gelegenen Garten gestohlen zu haben.

Obergörlitz. Im Gasthof zum Reichsschmid findet morgen Freitag, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Deuben. Für die Gruppe Deuben-Niederhäslich sind in nächster Sonnabend auf Giechels Höhe ein Konzert- und Tanz-Abend statt. Von 8 Uhr an werden gesangliche und instrumentale Vorträge geboten. Nach dem Tanz. Der langjährigen Genossen und Genossinnen ist Gelegenheit geboten, in freier Natur das Tanzbein zu schwingen. Karten zu 20 Pf. sind bei den Beitragssammlern zu entnehmen.

Tharandt. Der Auto-Omnibus-Betrieb Tharandt-Hintergersdorf-Harthau-Spechthausen, der vom 1. April an probeweise durchgeführt wurde, übernimmt in nächster Zeit die Gemeinde Harthau-Spechthausen in eigene Regie. Die Firma Sauer erhält den Auftrag auf vorläufig einen 30-pferdigen Auto-Omnibus für 20 Sitzeplätze in der Ausführung, wie die für Dresden bestimmten bzw. für die kleine Eibenstadt gelieferten Saurerwagen. Der neue Wagen kostet die Gemeinde 18.000 M., eine Summe, die die Interessenten in Anteilen zu 500 M. übernommen haben. Der Probebetrieb seit April hat einen Reingewinn von 1700 M. erbracht, wovon der Gemeinde Harthau-Spechthausen laut Bereinbarung 10 Proz. zu überweisen sind.

Wilsdruff. (Gemeinderatsitzung.) Man beschloß gegen 4 Stimmen, einen Beitrag von 10 Pf. pro Kopf der Einwohnerzahl in 2 Jahrestraten zur Kaiser-Wilhelm-Zubiumsförderung zu leisten. Die Stiftung soll in einer Zubiumsförderung für den bissigen amtsbaupräsidialen Bezirk bestehen. Dem Entwurf einer Satzungseränderung der gemeinsamen Sparkasse Possendorf stimmte man einstimmig zu. Dem Laubhüttensatzverein bewilligte man einstimmig 3 M. während die Schule des Verbandes Jugendhilfe Dresden und des Pastors v. Bodelschwingh um Beihilfen einstimmig abgelehnt wurden. Ein Schankkonzessionsgesuch (Lebertrüffel) der Frau Bickenbach fand einstimmige Beschluss. Einige Schulfestangelegenheiten wurden zur Kenntnis gebracht. Zum Schluss wurden noch einige Eingänge von weniger öffentlichem Interesse und eine Anfrage in Aussicht gesetzt.

Pößnitz. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, findet eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Ottendorf-Wörbisdorf. Freitag den 18. Juli, abends 8½ Uhr, findet öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Donnerstag den 17. Juli 1913

Der Vorsitzende der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hat am Mittwoch eine öffentliche Sitzung abgehalten. Es wurden genehmigt bzw. befürwortet die Verwendung von Stammmengengeldern in der Gemeinde Weixdorf zu Straßenzwecken, der 5. Radtag zur Sparkassenordnung für Loschwitz (Erhöhung der Einlagensteife und Einführung der Höhungsverzinsung), der 2. Radtag zum Statut über die Gehaltsverhältnisse und die Gewährung von Pension usw. an die berufsmäßigen Beamten von Blasewitz, der 1. Radtag zur Anlagenordnung für die Gemeinde Schönborn (Einführung der Gemeinde-Einkommensteuerstaffel), die Verbindung der Armenstube mit der Gemeindeklasse, der 1. Radtag zu den Bauburdenschriften für die Salzstraße in Loschwitz und die Änderung der Teilbauantragssätze, der 2. Radtag zur Sparkassenordnung für Raundorf, die Satzung des Gemeindeverbandes für Unterhaltung einer allgemeinen Ortskassenkasse für Dresden und Dresden-Albertstadt, das Ortsgesetz über die Erhebung einer Rettungssteuer in Niederlößnitz, das Ortsgesetz der Gemeinde Langenberg über das Gaswerk, die Ordnung für die Erhebung der Abgaben von Tanztvergnügen und Lohnarbeiten aller Art sowie einiger Polizeigebühren in der Gemeinde Niederpöritz.

Die Vorsitzende der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hat am Mittwoch eine öffentliche Sitzung abgehalten. Es wurden genehmigt bzw. befürwortet die Verwendung von Stammmengengeldern in der Gemeinde Weixdorf zu Straßenzwecken, der 5. Radtag zur Sparkassenordnung für Loschwitz (Erhöhung der Einlagensteife und Einführung der Höhungsverzinsung), der 2. Radtag zum Statut über die Gehaltsverhältnisse und die Gewährung von Pension usw. an die berufsmäßigen Beamten von Blasewitz, der 1. Radtag zur Anlagenordnung für die Gemeinde Schönborn (Einführung der Gemeinde-Einkommensteuerstaffel), die Verbindung der Armenstube mit der Gemeindeklasse, der 1. Radtag zu den Bauburdenschriften für die Salzstraße in Loschwitz und die Änderung der Teilbauantragssätze, der 2. Radtag zur Sparkassenordnung für Raundorf, die Satzung des Gemeindeverbandes für Unterhaltung einer allgemeinen Ortskassenkasse für Dresden und Dresden-Albertstadt, das Ortsgesetz über die Erhebung einer Rettungssteuer in Niederlößnitz, das Ortsgesetz der Gemeinde Langenberg über das Gaswerk, die Ordnung für die Erhebung der Abgaben von Tanztvergnügen und Lohnarbeiten aller Art sowie einiger Polizeigebühren in der Gemeinde Niederpöritz.

Die Vorsitzende der Amtshauptmannschaft Dresden-Ne

Gerichtszeitung.

Vorgericht.

Wegen Fahrzettelabschaffung

Am Abend wurde der schon oft vorbestrafte Kutscher Karl Ernst, 25 J. Goldstraße, eventuell weiteren 100 Tagen Justizhaus verurteilt. Er ist noch ein ähnlicher Straffall bestanden worden. Er kaufte, gewöhnlich für seinen 17-jährigen Sohn, bei einem kleinen Händler ein Fahrrad im Werte von 100 M. Er zahlte eine Riemigkeit an und unterzeichnete den Vertrag, wonach das Rad bis zur vollen Bezahlung Eigentum des Händlers blieb. Am zweiten Tage danach verkaufte er das Rad für 25 M. in einem Löbauer Restaurant. Er erhielt eine Strafstrafe von 7 Monaten Justizhaus und 150 M. Geldstrafe, ebenso wie 20 Tage Justizhaus.

Eine trübe Zukunft

noch vor der Haft- und Sprosscheiterin Karola Gisela Amann, 20 Jahren Brüder ist sie schon mehrere Male bestraft und nun ist es ihr nicht mehr möglich, Stellung zu erhalten. In letzter Zeit war es ihr im vorherigen Jahre noch einmal gegangen. Stellung zu einem Institut zu finden, aber nach drei Wochen erfuhr der Pastor durch die Polizei, daß sie vorbestraft war. Nach ihrer Entfernung veranlaßte der Pastoremann nicht nur hier, sondern auch auf entlegenen Stellen ihre Entstaltung. Sie hat versucht, als Dienstmädchen dort wieder in Stellung zu gehen, aber sie getraute sich nicht, eine zweite Stellung auszufüllen, und wenn ihre Vorstrafen bekannt wurden, hat man sie fortgeschickt. Zum April lernte sie einen Kaufmann zu Hause, von dem sie sich mehrfach Geldbezüge gelehen hat. Sie ist in Altenburg, wo ihre Mutter Geschäftsmutter gewesen ist, noch Vermögen auf einem Grundstück stehen haben, was sie sich aber erst von anderen Verwandten ersteren muß. Dazu hat sie sich von Schule der Zeit gegen 400 M. verschuldet. Die Geschäftsausrichtung ihrer Umstände wegen Abschaffung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilte, von denen 2 Monate als verbüßt gelten.

Schiffsgesetz

Ein Gedächtnisurteil

Das Gericht gegen die des Diebstahls zweier Ringerringe angeklagte Arbeitnehmer Lina Minna Walther. Das Haussmädchen Vogel wo die Angeklagte waren früher beschäftigt. Als die Vogel ihre Wohnung im Albert-Park aufsuchte und ihre Sachen fertiggestellt im Laufe ihres Hauses hatte, befand sich die Angeklagte bei ihr. Zur Erkundung einer kleinen Besorgung entfernte sich die Vogel für kurze Zeit, während der die Angeklagte in dem Zimmer bei den Sachen saß. Später bemerkte die Vogel den Diebstahl von zwei Ringerringen, die in einem Kasten im Kleiderschrank aufbewahrt. Sie nimmt an, daß die Angeklagte in der fraglichen Zeit den auf dem Kleiderschrank liegenden Schmuckkasten geöffnet, hieraus den Schlüssel zum Kleiderschrank und diesen geschnitten hat. Dann muß die Angeklagte sofort zu Hause gefunden und sich angeklagt und alles wieder so hergestellt haben, wie es erst war. Die B. hat nicht die geringste Unschuld an ihrem Sachen bemerkt. Voraussetzung hierfür wäre aber eine tauschfertigkeiten Geschäftlichkeit die gewisse Kenntnis von dem Vorhandensein der Ringe und von der Aufbewahrung des Schmucks. Von beiden will die Angeklagte keine Kenntnis gehabt wissen. Später trat über ein weiteres Indiz hinzu. Die B. traf die Angeklagte im Eisenbahnhof. Da will die B. an dem Finger der B. ganz genau den einen der ihr abhanden gekommenen Ringe mit dem großen blauen Stein geschenkt haben. Als sich die B. darauf an den B. beobachtet wußt, soll sie den Ring heimlich abgezogen und einen anderen angelegt haben. Das bestreitet die Angeklagte voll ausführlich, während die B. mit aller Verhältnis unter ihrem Mund befindet, während sie den Ring und das Armband gelehnt zu haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte — die schon vorbestraft ist — zu einem Diebstahl zu 1 Monat Gefängnis. Ausdrücklich für die Überzeugung des Gerichts von der Schuld der Angeklagten war die Kapitulation mit dem Auge im Eisenbahntwagen.

Kuch ein "Diebstahl".

Der Postmeister Theodor Paulus Seiring war in einer Nachhandlung im Buchhandel beschäftigt, die zum großen Teil Holzporträts von Menschen und an Holzpostkarten oblag. Aus den Kreisen dieser Kunden kamen der Künstler nun vielfach Beschwerden, daß die neuen Hefte teilweise schon von anderer Seite galten oder waren, ehe sie mit den Lieferungen kam. Die Klage ging der Sache auf den Grund und war der Meinung, daß nur ein Diebstahl im Geschäft vorliegen könne. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei S. auch mehrere Bücher — darunter allein 100 "Fremdenlegionär" — gefunden, auch eine große Menge Seife, wie sie das Personal alle Wochen zum Waschen stellt. S. befreite den Diebstahl. Die bei ihm vorgefundene "Fremdenlegionär" waren beim Abteilen überzählig und wurden ihm nach und nach gereicht. Die "Fremdenlegionär" waren durchweg billige Exemplare, die er nach dem Scheit der Expedienten in die Kästekasse werfen sollte. Er habe sie sich aber mitgenommen und tatsächlich angekauft. Die Sache habe er sich gespart. — Der Besitzer der Firma fand die Möglichkeit, daß sich die Sache so verhält, daß sie in Abrede stellen. Er kommt, daß der Angeklagte die Bücher auf Rechnung anhandlos erhalten haben würde. Das Unternehmen steht ohne Graublatt eines Vorgesetzten sei dem Personal ausreichend verboten. Dieses Verbot hängt auch in allen Arbeitsräumen aus und es steht da ausdrücklich angekennet, daß eine Zuwendung als Diebstahl betrachtet werde. — Das Gericht war aus diesem Grunde der Ansicht, daß ein Diebstahl vorliegt, und erkannte auf 3 Tage Gefängnis.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zu den Werkarbeiterstreiks.

Die Werkarbeiterbewegung läuft sich nicht mehr in den Bahnen halten, die die Taktik der Verbandsleistungen eingehalten wünschten. Eine Versammlung der Werkarbeiter am 15. Juli in Hamburg, die von über 6000 Arbeitern besucht war, nahm einen teilweise recht stürmischen Verlauf. Ein Verbandsangehörieter erstaute die Verhandlungen mit den Werksbesitzern. Er erklärte die Zugeständnisse der Werksbesitzer für völlig unzureichend, meinte aber, daß der frühzeitige Ausstand der Arbeiter trotzdem nicht gerechtfertigt sei, da noch nicht alle friedlichen Mittel erschöpft worden seien. Als der Werksbesitzer darauf hinwies, daß der Zentralvorstand unter diesen Umständen keine Unterstützung leisten würde, wurde er durch scharfes Protestkreuz unterbrochen. Unter großer Erregung beschloß die Versammlung mit 5602 gegen 120 Stimmen die Fortführung des Streiks. An der Versammlung kam von den Streikenden zum Ausdruck, daß die Maßregelungen auf den Werken schon allein den Streik rechtfertigen. Die schleppten Verhandlungen und deren sehr magere Ergebnisse aber hätten die Geduld der Werksbesitzer erschöpft.

Infolge der Arbeitsniederlegung in Hamburg waren die Zentralvorsitzen der beteiligten Gewerkschaften am Dienstag zu einer Konferenz in Hamburg zusammengetreten. Sie haben nach eingehender Beratung die Arbeitsniederlegung als einen vorzeitigen und sehr bedauerlichen Schritt der Werksbesitzer bezeichnet. Die noch schwelenden Verhandlungen seien durch die Arbeitsaufstellung unterbrochen und die von den Organisationen in mehreren Konferenzen vorbereitete Bewegung sei zunächst in Frage gestellt. Die Vorstände könnten schon aus kategorischen Gründen den Ausstand nicht anerkennen und

müssten deshalb auch die Unterstützung versagen. Die Vorstände könnten unter diesen Umständen ihren Mitgliedern nur empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Auch in Stettin ist es zum offenen Kampf gekommen. Eine Brandenburger Versammlung beschloß mit 402 gegen 19 Stimmen die Arbeitsniederlegung. Die Erregung über die schleppten Verhandlungen und deren bisheriges geringes Ergebnis war derart, daß die Werksarbeiter sich nicht mehr an der Arbeit halten lassen. Am Mittwoch morgen legten dann circa 500 Arbeiter der drei Stettiner Werke die Arbeit nieder. Werden in den nächsten Tagen nicht noch befriedigende Zugeständnisse durch die Werksbesitzer gemacht, so dürfte auch in Stettin der Kampf sich weiter ausbreiten.

In Flensburg ist es ebenfalls zur Arbeitsniederlegung gekommen; etwa 300 Arbeiter haben dort die Arbeit eingestellt.

Der Verband der Eisenindustriellen hat am Mittwoch auf das Schreiben der Arbeiterverbände, die zu neuen Verhandlungen zum 17. eingeladen hatten, geantwortet, daß der Vorschlag für neue Verhandlungen abgelehnt werden müsse, weil die Lage einer friedlichen Verständigung im Widerstreit stehe zu dem Verhalten der Arbeiter. Der Verband sei im übrigen weiteren Zugeständnissen unter keinen Umständen zu bewegen.

Aus der Wahlregelung von Vertrauensmännern und aus dem rücksichtslosen Verhalten der Werksbesitzer ist zu entnehmen, daß die Hamburger Werksbesitzer den wirtschaftlichen Kampf herbeiführen wollen.

Stettin, 17. Juli. Gestern morgen 9 Uhr wurden sämtliche Reiter der Stettiner Schiffswerften Vulkan, der Stettiner Oderwerke und der Schiffswerft Russel u. Co. A.-G. ausständig. Es kommen dabei etwa 900 Mann in Betracht. Die Arbeiter haben sich bisher dem Streik noch nicht angeschlossen. Die Leiter der Metallarbeiterorganisation werden heute abend zusammenkommen, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Inland.

Soldaten zur Verwendung von Streitarbeit

Nachdem die Unternehmung in Mexiko von der allgemeinen Tarifbewegung im Bauwesen ausgeschlossen haben und auch auf dem Wege der freilichen Verhandlung mit ihnen ein unnehmbarer Tarifvertrag zustande gekommen ist, streiken dort seit etwa zwei Wochen die Bauarbeiter. Weiter scheint es so, als ob der wichtigste Streik durch eine Nahnahme der Militärverwaltung stark beeinträchtigt werden soll zugunsten der Unternehmer, so daß ein sehr heftiger Kampf zu erwarten ist. Unter den Arbeitern, die gegenwärtig durch den Streik zum Stillstand gebracht werden sind, befinden sich auch einige Kaufmänner. Nachdem die Bauarbeiter das mehr als naiv Ansehen der Unternehmer abgelehnt haben, auf diesen Autoren die Arbeiten zu den alten Abmachungen fortzusetzen, beschäftigt nun die Militärbaubehörung, die dringendsten Arbeiten durch Soldaten fortzuführen zu lassen.

Eine solche Aktion wäre die schwerste Benachteiligung der Arbeiter in ihrem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit denen die Meyer Bauarbeiter hinter den Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter in den übrigen Großstädten der Reichslandschaften fast ebenbürtig wären. Haben die Behörden den Unternehmer schon die Strickfassade in den Lieferungsverträgen bewilligt, was an sich als eine Parteihandlung im wirtschaftlichen Kampf zugunsten der Unternehmer wirken muß, so wollen sie ihnen jetzt auch noch zu Hilfe kommen und die dringendsten Arbeiten von Soldaten ausführen lassen, nachdem Streiktreiber schwach dastehen zu bekommen sind.

Eine solche Aktion der Militärbaubehörung fordert den schärfsten Protest daraus. Ihre Durchführung läßt jedes soziale Verhältnis, für das Streben nach besseren Existenzbedingungen der Arbeiterklasse vermissen und macht die Militärbaubehörung zum Mitterantwortlichen für eventuell sich daraus entwickelnde Konflikte.

Lebhafte: Gehört eine solche Beschäftigung auch zur militärischen Ausbildung? Wenn die Verwendung der Soldaten zu solchen Arbeiten ohne Gefahr für ihre militärische Tätigkeit möglich ist, dann wird damit nur bewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit noch zu lang ist und herabgesetzt werden kann.

Achtung, Heizungsmontenare!

Der Bezirkssatz für das Heizungsmontieren in Rheinland und Westfalen wurde von den Arbeitgeberverbänden für die Heizungsindustrie am 31. März d. J. gefügt. Die Unternehmer legten einen abgeänderten Entwurf vor, der im Lohn- und Tarifblatt eine Verhinderung von 20 bis 30 Prozent vorahnt.

Die eingeführten Verhandlungen ergaben vorab das Resultat, daß der alte Tarif bis zum 15. Juli verändert wurde. In der Sache selbst wurde aber keine Einigung erzielt, weil die Unternehmer sich sträubten, irgendwie sofortige Lohnzurückzugs zu gewähren. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen.

Die Brancheversammlungen der Heizungsmontenare und Heizer, die am 13. Juli in allen Orten des Bezirks abgehalten wurden, erörtern sich mit der Haltung der Arbeitgeberverbände einverstanden und beschlossen einstimmig, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Entgegenkommen des Unternehmers zu verhindern wäre, am Dienstag den 15. Juli abends die Arbeit überall einzuhören.

Die Montollegen in allen Orten werden vor Arbeitsannahme bei den rheinisch-westfälischen Armen der Heizungsbranche gemahnt.

Kollegen, es gilt jetzt die Solidarität zu behaupten, und darf wohl erwartet werden, daß kein Heizungsmonteur und Heizer den Kollegen in Rheinland und Westfalen in den Rücken fällt.

Genossenschaftswesen.

Die Konsumgenossenschaften in der Schweiz.

Z. Die Genossenschaftsbewegung in der Schweiz, die die relativ größte Bedeutung in der genossenschaftlichen Internationale besitzt, macht ununterbrochen von Jahr zu Jahr weitere Fortschritte. So ist die Zahl der dem Schweizerischen Konsumverband angehörenden Vereine von 349 im Jahre 1911 auf 386 in 1912, die Zahl der Mitglieder der von der Statistik berücksichtigten 314 bzw. 331 Vereine von 224 423 auf 244 133, der Läden von 1072 auf 1164, der Gemeinden mit Läden von 439 auf 532, der Angestellten von 4044 auf 4441, die Summe der Umsätze von 100 309 205 auf 122 991 555 Franken gestiegen. Also erstaunliche bedeutende Weiterentwicklung auf der ganzen Linie. Dementsprechend ist auch die Summe des Nettoüberschusses von 9 278 811 Franken auf 9 798 632 Franken und das Genossenschaftsvermögen von 9 125 617 Franken auf 10 093 595 Franken gestiegen. Eine Vermehrung hat auch der Durchschnittsumsatz pro Verein von 348 118 auf 371 576 Franken, pro Laden von 101 968 auf 105 663 Franken und pro Mitglied von 487,07 auf 503,89 Franken erfahren.

Die Zentralstelle des Konsumverbands in Basel hatte im Jahre 1912 einen Umsatz von 37,27 Millionen Franken gegen 32,09 Millionen Franken im Jahre 1911. In den nächsten Wochen wird in Basel die neue Schuhfabrik des Konsumverbands mit einer Tagesproduktion von 500 Paar Schuhen den Betrieb eröffnen. — So geht es mit dem modernen Genossenschaftswesen in der Schweiz vorwärts,

Aus aller Welt.

Die Opfer des Meeres.

Aus London wird berichtet: Eine vom britischen Handelsamt herausgegebene Statistik gibt einen Überblick über die Opfer an Menschenleben, die das Meer im letzten, am 30. Juni 1912 abgelaufenen Schiffahrtsjahr von der britischen Handelsmarine und ihren Passagieren gefordert hat. In der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 30. Juni 1912 starben im Verlaufe von Reisen auf britischen Schiffen nicht weniger als 2890 Menschen den Tod. gegenüber 970 im Schiffahrtsjahr 1910–1911 und 1128 im Schiffahrtsjahr 1909–1910. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre ist das eine Jahreszunahme von 1271 Opfern; das gewaltige Ansteigen der Unglücksfälle wurde nach die Titanikatastrophe hervergerufen. Gerettet wurden im letzten Schiffahrtsjahr von Schiffbrüchen an den britischen Küsten 2388 Personen. Dabei entfielen 208 Lebensretter auf von der Küste aus abgesetzte oder gescheiterte Rettungsapparate. 862 Menschen wurden durch Rettungsboote von der Küste aus in Sicherheit gebracht, 119 Menschen verloren ihr Leben den Fahrzeugen der Rettungsboote, 734 wurden durch vorüberkommende Schiffe gerettet und 843 durch die eigenen Rettungsboote der gesunkenen Schiffe.

Die Toten des 8. 7.

Wilhelmshaven, 18. Juli. Heute nachmittag fand auf der Werft beim Dock 4 die Leichenshow beim Test des Torpedobootes S 178 statt. Das Boot des Staates wurde geöffnet und die Bergungsmannschaften stiegen in das Boot hinein, um die Leichen zu bergen. Diese waren völlig unkenntlich. Sie wurden, nachdem man sie mit Nähe festgestellt hatte, in Särge gelegt und auf dem Wasserweg zum Lazaretto geschafft. Bis abends 10½ Uhr waren die Bergungsarbeiten noch nicht beendet.

Tälicher Fliegenschwartz.

Berlin, 18. Juli. Auf dem Schießplatz Jägerhof erstickte sich am heutigen Vormittag ein jämmerliches Fliegenschwartz. Leutnant Stoll war auf einer Deppen-Stahltaube zu einem Überlandflug ausgestiegen. Bei der Landung rutschte er mit seinem Apparat gegen einen Baum. Er wurde herausgeschleudert und trug tödliche Verletzungen davon. Leutnant Stoll ist durch den Wasserflug Magdeburg–Grunewald mit Leutnant von Kriegsberg als Passagier bekannt geworden.

Maschinenpistole.

Brüssel, 18. Juli. Auf einem Güte erkrankten infolge Erfolgs von Wasser, das durch Dampfblüsse vernebelt war, dreizehn Arbeiter und Arbeiterinnen sowie drei Kinder.

Ein Todesmarsch.

Münster, 18. Juli. Nachrichten aus dem Kettensägen aufgrund einer größeren militärischen Übung infolge erdrückender Hitze etwa 50 Mann ermordet wurden. Während die meisten Mannschaften sich bald wieder erholt haben, sollen zwei Regimentskommandanten in Folge des Hitze schlagens gestorben sein.

Wetterburg.

Hannover, 18. Juli. Das Südniedersachsen eingetreten. Bei gleichzeitigem Gewitter und Gewitter, verbunden mit Gewitter, ein. Das Vieh wird von den Hirten abgetrieben, weil es an Futter mangelt.

Bon einem Landstreicher erschossen.

Büren, 18. Juli. In Büren bei Büren wurde gestern abend ein Mitglied der Gemeindebehörde erschossen, als es die Freizeit eines Landstreicher veranstalten wollte. Die Frau eines Polizisten wurde von dem Landstreicher durch einen Schuß schwer verletzt, wodurch sie in eine Klinik eingewiesen wurde.

Hannover, 18. Juli. Auf einem Landstreicher erschossen.

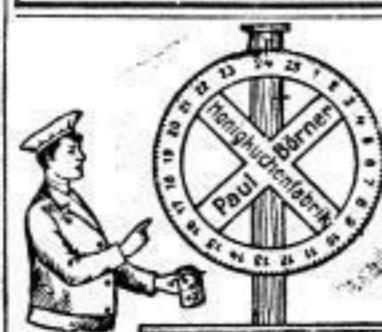
Büren, 18. Juli. In Büren bei Büren wurde gestern abend ein Mitglied der Gemeindebehörde erschossen, als es die Freizeit eines Landstreicher veranstalten wollte. Die Frau eines Polizisten wurde von dem Landstreicher durch einen Schuß schwer verletzt, wodurch sie in eine Klinik eingewiesen wurde.

Unseren Abonnenten von Löbau, Cottbus, Wörlitz, Ruhland zur Kenntnis, daß der heutige Nummer unserer Zeitung ein Prospekt der Firma Saalheim, Kesselsdorfer Straße, beiliegt.

Ein Vergnügung ist's
laut Jungher Josephine,
Zu pagen die Schuh
mit

Diamantine.

Fabrikant: Rud. Starke in Welle. (A 174)



Fernspr. 5146

Ankeramt beigebrühte und

ringfreie Brikkets

stehen am 21. Juli von 9 bis 7 Uhr

Rohlenbahnhof Friedrichstadt

zum Verkauf. 1000 Stück nur

6,50 M. 500 Stück nur 3,40 M.

ab Lief. Preis Keller 50 Pf. mehr.

Bezeichnungen am 13.2014

Brügger & Linke, Hohenfel

platz 4/6 und Ammonstr. 51, 2.

Gummimühle m. Garantie f. 18 M.

Wirtschaftliche Umschau.

Die Lage der Seeschiffahrt und im Schiffbau.

Der Bericht des Vereins der Hamburger Reederei, dessen Mitglieder 55 Proz. der gesamten Tonnage der deutschen Handelsflotte repräsentieren, konstatiert, daß die günstige Lage der Seeschiffahrt vorläufig noch anhält, obgleich der Höhepunkt, der auf den vorjährigen Herbst fällt, scheinbar schon überschritten ist. Angesichts der für den kommenden Herbst schon abgeschlossenen Kontrakte meint der Bericht, daß das Schiffahrtsgeschäft vorläufig einem weiteren Rückgang nicht verfallen werde, das vielmehr der Herbst wie gewöhnlich eine lebhafte Gesamtaktivität aufweisen dürfe.

Ein einzelnen war insbesondere der Verkehr mit Amerika, sowohl mit Nord- wie mit Südamerika, sehr lebhaft, ebenso mit Australien. Weniger günstig entwickelte sich das Geschäft mit Afrika und Ostasien ab, wo die chinesische Revolution den Verkehr gefährdet haben soll. Dagegen sei der Verkehr mit dem Mittelmeer und den Säcken im ganzen als befriedigend zu bezeichnen. In den letzten Monaten habe der ausgedehnte Verkehr nach den erwarteten Gebieten wieder erheblich zugenommen.

Entsprechend der allgemein guten Geschäftslage in der Seeschiffahrt, zeigt auch der Auftragsbestand der Werften. Nur die englischen und nordamerikanischen Werften haben Ende Juni einen geringeren Auftragsbestand als Ende März 1912. Dagegen liegt es in Deutschland, Frankreich und Italien recht bedeutend an. Ende März 1912 war der Auftragsbestand der englischen Werften ohne Kriegsschiffe gleich 2,06 Millionen Registertonnen und Ende Juni nur 2 Millionen. Dagegen Ende Juni 1912 nur 1,77 Millionen Tons, so daß der jüngste Auftragsbestand gegen das Vorjahr immer noch um 230.000 Tons höher ist. Die Auftragsbestände der Werften anderer Länder war wie folgt:

	Ende Sept. 1912	Ende März 1913	Ende Juni 1913			
	Register- zahl	Regis- t. tons Brutto	Regis- t. Zahl Brutto	Regis- t. tons Brutto		
Deutschland . . .	101	467 783	96	584 412	99	586 951
Frankreich . . .	28	119 618	85	104 762	42	243 404
Vereinigte Staaten . . .	82	215 295	85	228 196	72	169 428
Niederländen . . .	32	108 090	63	110 086	43	115 605
Österreich-Ungarn . . .	18	66 000	14	70 507	15	76 647
Italien . . .	21	46 893	24	57 582	26	73 380

Bei den gesamten Werften der Welt sind gegenwärtig 972 Handelsdampfer mit 3.446.558 Tons im Bau; Ende März d. J. waren 1000 Schiffe mit 3.410.910 Tons und Ende September 1912 wurden 933 mit 3.016.477 Tons gebaut.

Das finanzielle Ergebnis der Seeschiffahrt war im letzten Jahre sehr günstig. So waren die Dividenden der sieben größten deutschen Reedereien 1907: 6,7 Proz., 1908: 1,12 Proz., 1909: 4,03 Proz., 1910: 6,18 Proz., 1911: 8,08 Proz. und 1912: 10,16 Proz. Die Dividenden steigen also seit dem Krisenjahr 1908 immer mehr an. Anders entwickelt sich aber die Rentabilität des Schiffbaus. Diese zeigt trotz der aufsteigenden Konjunktur kein günstiges Bild. So schätzen wir Dividenden aus:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Gulfarbeiter . . .	14	14	12	11	11	— Proz.
Blohm & Voss . . .	9	7	4	6	4	7
A. G. Weser . . .	—	—	—	—	4	•
Hochwaldwerke . . .	—	—	—	—	—	—
Preuß. Vulkan . . .	10	—	—	7½	10	10
Reitbergs . . .	7	10	7	8	4	8
Tredenburg . . .	4	—	—	—	4	•
Hamburg. Schiffbau . . .	12	10	6	—	4	—
Seebed . . .	5	—	4	—	—	—
Septum . . .	7	4	4	—	—	4

Den acht Werften haben vier 1912 ihre Dividende erhöht, zwei herabgesetzt; bei zwei weiteren ist sie unverändert geblieben. Zwei Werften, die Hochwaldwerke und Seebed, schütten nach wie vor keine Dividenden aus. Wie erklärt sich nun diese mißliche Lage des Schiffbaus?

Die Frankfurter Zeitung hat vor einiger Zeit eine Artikelserie über die Lage im Schiffbau veröffentlicht, die sehr interessante Angaben über die Entwicklung dieses Geschäftszweiges enthält. Ihr entnehmen wir die unten angeführten Tatsachen, um an ihrer Hand die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, speziell im Schiffbau, zu beleuchten.

In den letzten fünf Jahren herrschte unter den Werften ein heftiger Konkurrenzkampf, der zweierlei zur Folge hatte: einmal die Schiffsspitze und mit ihnen auch die Rente der Werften wurden stark herabgedrückt, anderseits aber eine technische Umwälzung herverursachend, die für die Schiffsbauer verhängnisvoll wurde. Die deutsche Marine baute ungefähr 20 Proz. ihrer Schiffe auf eigenen Werften und verzog 80 Proz. an Privatwerken. Bis 1906 waren es nur vier Werften, die von der Marineverwaltung die Aufträge erhielten, nämlich der Stettiner Vulkan, die Blohm u. Voss Ges., die Schichauwerke Welle und die Kruppische Germaniawerft. Die Frankfurter Zeitung sagt dies nicht, aber tatsächlich scheint es, daß unter diesen Werften ein Abkommen bestanden hat, daß ihnen sehr hohe Gewinne sicherten. Auch die Marineverwaltung war dieser Ansicht. In der Tat waren die Gewinne dieser Werften ganz exorbitant. Der Stettiner Vulkan beispielsweise zahlte neun Jahre hintereinander 14 Proz. Dividenden aus, und war trotzdem imstande, an der Elbe in vier Jahren eine zweite Werft im Gefangenheitsgewicht von 30 Millionen (ohne die Betriebsmittel) zu bauen, die größer ist und größere Objekte bewältigen kann als die an der Ober-

Elbe den Ring der vier Werften zu sprengen, zog die Marineverwaltung noch zwei Werften, die Hochwaldwerke und die Weser A. G., zu den Submitionen auf die großen Marinewerke heran. Der Erfolg für die Marineverwaltung war ein überraschender. Sie konnte ihre Schiffe zu viel niedrigeren Preisen erhalten. Dagegen konnten die Werften, die eben große Neubauten vorgenommen hatten, zunächst nur mit Verlust arbeiten. Der Unterschied in den Preisen war sehr groß, so daß der Preis eines Kreuzers sich auf 17,5 Millionen statt 19,5 Millionen stellte, der eines kleinen Kreuzers um eine Million, gleich 10 Proz. niedriger. „Es ist bekannt“, meint der Gemäßigtmann der Frankfurter Zeitung, „daß die Hochwaldwerke an ihrem ersten Kreuzer und vor allem an ersten Dreadnaught das Geld ihrer Aktiönen verloren haben — daß diese auch durch andere Geschäftsführer und Geschäftsräte in Willedestadt gezogen wurden, ändert nichts an dieser Tatsache — und man kann annehmen, daß auch die Sanierung der Weser von 1906 genau so zu einem guten Zeile in jener Arbeitsherrverlängerung ihres Wurzel hatte. Es half nichts, daß das Konstruktionsbüro des Marineministeriums den Hochwaldwerken bei dem schwierigen Wechselgang zur Großkriegsschiffwerft behilflich war; man muß auch abwarten, wie der neueste Panzerbau, der dieser vom Abg. Haase mitverwalteten Werkstätte „Unterföhring“ der neuesten Sanierung in Auftrag

gegeben worden ist, finanziell für die Gesellschaft ausgeht.“

Schade, daß der Aktienschreiber in der Frankfurter Zeitung sich nicht ausführlicher über die „Unterföhrungsaktion“, mit der der Vizepräsident des Reichstages, Voß, in Verbindung steht, ausläßt. Es wäre sehr notwendig, zu erfahren, worin diese Unterföhrung besteht. Ist überhaupt die Marineverwaltung zu Aktionen im Interesse der Privatindustrie berechtigt?

Der Wettbewerb um die Marineaufträge mußte aber bald aus einen gleichen Kampf um private Aufträge heroverufen. Um die Dellinganlagen nicht leer- und die Maschinenhallen und technischen Büros nicht stillzulassen, die Mietlohnsteigerung nicht anzuwenden zu lassen, ging man während der Depression ganz allein sehr stark den großen Handelsaufträgen nach. Mit den Unterbietungen im Marinegeschäft verband sich also eine Art der Kriegs- und Handelsflottenschiffbau den Döse und Vogelbau einbezogen.

Und Anfang dieses Jahres war das Kartell der Werften nahe am Abschluß.

Es handelt sich um folgende Punkte: gemeinsame Vermittlung des niedrigsten Angebotspreises, turnusmäßige Verteilung der Aufträge nach Quoten, eventuelle Veranstaltung interner Subventionen, und Geldausgleiche. Die Vereinigung würde außer dem Kriegs- und Handelsflottenschiffbau den Döse und Vogelbau einbezogen.

Die Preise sanken auch hier recht stark. So vergab der Norddeutsche Lloyd bis jetzt den Bau seiner Schnelldampfer dem Stettiner Vulkan; bei einer neuem Vergabe jedoch aber der Vulkan aus,

weil die Schichauwerke um 5 Millionen billiger anbot als der Vulkan und selbst um eine Million billiger als der Lloyd zu zahlen bereit war. Der Bau des Imperators, der 36 Millionen Bruttotons kostet, soll dem Vulkan keinen Gewinn gebracht haben, obgleich Herr Vulkan, der Generaldirektor der Hapag zugleich Aufsichtsratsmitglied des Vulans ist und eigentlich kein Konkurrenzkampf stattgefunden hat. Dabei mußte der Vulkan noch fünfjährige Garantie für die Rohtypenanlagen übernehmen. Gehobene Garantien übernahmen auch Blohm u. Voss. Auf diese Weise gelang es den Reedern, das Unternehmensrisiko zum großen Teil von sich auf die Werften abzuwenden. Damit noch nicht genug. In den Zahlungsbedingungen ist eine gut fundierte Familienunternehmen, das 8000 Arbeiter beschäftigt. Sie glaubt wohl selbstständig bessere Geschäfte machen zu können. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Die Werftbauten müssen aufgestellt werden. Damit aber die Marineverwaltung nicht dagegen sein soll, will man ihr die Kontrolle über die Baufortschritte geben. Eine ähnliche Kontrolle über einige große englische Reedereien aus und sie wird auch von einer großen deutschen Reederei gewünscht. Indes, eine wirkliche Kontrolle macht tatsächlich die Privatunternehmer zu den Angestellten der Marineverwaltung; jede andere, nur oberflächliche Kontrolle noch den Büchern der Werften, wovon die Werft in hohe Materialpreise gezwungen hat. Es gilt also kein Drittes: Entmiedeter Ausbeutung durch die Kartelle oder Verstaatlichung des Betriebes. Und die Tatsache, daß die Werften der Marineverwaltung selbst eine Baufortsetzungskontrolle einzäumen wollen, verrät am besten, daß selbst ihnen die Ungültigkeit des privaten Betriebes mit all seinen sozialwirtschaftlichen Schäden aufgefallen ist.

Die Entwicklung der Handelsmarinen in den letzten Jahren.

Der soeben erschienene *Nauticus* gibt eine Übersicht über die Entwicklung der Handelsmarinen in den letzten fünf Jahren. In diesem Zeitraum ist der Tonnengehalt der Welt Handelsflotte von 94 auf 44,6 Millionen Tonnen gestiegen. Ein Vergleich der fünfjährigen Periode 1903/07 mit derjenigen 1908/12 zeigt, daß der Tonnengehalt der zu Wasser gelassenen Schiffe 1908/12 trotz des stark gewachsenen Weltverkehrs um 1,4 Millionen Bruttoregistertonnen kleiner ist als in der ersten Periode. Da der Verlust an Tonnengehalt eines 50.000-Tonnen-Schiffes 2 Mill. R. ohne daß die Gesellschaftsbeiträge zu bezahlen sind, so ist dies ein großer Verlust.

Vergleicht man die Entwicklung des Handels mit der der Handelsflotte, so ergibt sich folgendes Bild:

1907	1908	1911	1912	
Gesamtmeißelhandel	100	91,5	114	124
Handelsflotte	100	104	100,5	118
Dampfschiffslotte	100	105	114	119

Aus diesem Widerspruch zwischen der Entwicklung der Flotte und des Handels sowie infolge des Ersten Weltkrieges, der die italienische Flotte in Aufschwung nahm, ergab sich ein Mangel an Schiffsräumen, und die Frachtsätze fuhren sehr hoch gestiegen. Man muß bis auf das Jahr 1910 zurückgehen, um auf auch nur annähernd so hohe Frachten zu stoßen, wie sie für 1911 und 1912 vorausgesetzt sind. Durchschnittlich höhere Sätze als heute findet man nur in den „guten alten Zeiten“ der Tramp- und Segelschiffahrt, die etwa mit dem Jahre 1880 abgeschlossen.

So stiegen die Produktionspreise von Neumark bis England oder Kontinent von 1908 bis 1912 auf etwa das Doppelte. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in dem Schiffbaukonzern, der die italienische Flotte in Aufschwung nahm, ergab sich ein Mangel an Schiffsräumen, und die Frachtsätze fuhren sehr hoch gestiegen. Man muß bis auf das Jahr 1910 zurückgehen, um auf auch nur annähernd so hohe Frachten zu stoßen, wie sie für 1911 und 1912 vorausgesetzt sind. Durchschnittlich höhere Sätze als heute findet man nur in den „guten alten Zeiten“ der Tramp- und Segelschiffahrt, die etwa mit dem Jahre 1880 abgeschlossen.

So kommt die Produktionspreise von Neumark bis England oder Kontinent von 1908 bis 1912 auf etwa das Doppelte. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in dem Schiffbaukonzern, der die italienische Flotte in Aufschwung nahm, ergab sich ein Mangel an Schiffsräumen, und die Frachtsätze fuhren sehr hoch gestiegen. Man muß bis auf das Jahr 1910 zurückgehen, um auf auch nur annähernd so hohe Frachten zu stoßen, wie sie für 1911 und 1912 vorausgesetzt sind. Durchschnittlich höhere Sätze als heute findet man nur in den „guten alten Zeiten“ der Tramp- und Segelschiffahrt, die etwa mit dem Jahre 1880 abgeschlossen.

Die Kosten einer französischen Staatsanleihe.

Die amtlichen Dokumente über die Kosten der am 10. April dieses Jahres erfolgten Emission der französischen Staatsanleihe von nominal 100 Mill. Fr. bestehend in 200.000 vierprozentigen Obligationen, sind jetzt veröffentlicht, da die Bekanntgabe nach dem neuen Gesetz vom 8. März 1912 jeweils spätestens 3 Monate nach der be treffenden Emission erfolgen muß. Die Kosten sehen sich wie folgt zusammen: Die Kommission an die Banken wurde, wie bei vorangegangenen Emissionen, wieder auf 1 Fr. pro bezogene Obligation freigesetzt, und zwar erhielten:

Kredit Lyonnais, Paris	46 785 Fr.
Société Générale, Paris	90 000
Compagnie Nationale d'Écompte, Paris	25 000
Société Centrale des Banques de province	10 000
Banque de l'Industrie et des Mines, Paris	9 000
Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris	7 000
Chambre Syndicale des agents des Change, Paris	5 777
Banque Crédit, Paris-Marseille	8 000
Banque de l'Union parisienne, Paris	8 000
Credit français, Paris	8 000
Credit Mobilier français, Paris	2 880
Credit Algérien, Paris	2 500
Credit industriel et commercial, Paris	2 141
Banque Dexibler, Paris	1 200
Banque française pour le Commerce et l'Industrie, Paris	1 000
Banque Louis Dreyfus et Cie, Paris	687
Credit Foncier de France, Paris	275

Gesamtsumme: 161 775 Fr. Wie die Vermögensmachungen usw. betragen 806 204 Fr. Wie die Vermögensmachungen usw. hinzugefügt, sind dies zu nächst nur die Kosten bis einschließlich 30. Juni. Es werden jedoch noch für die Herstellung der definitiven Stücke und für die Arbeiten, die durch den Umtausch der provisorischen gegen die definitiven Stücke entstehen, weitere Kosten notwendig werden, die man auf 400 000 Fr. schätzt. Die Emission wird demnach an Gesamtkosten

Daraus geht deutlich hervor, welches Interesse das Finanzkapital an der Staatsverfassung erhält. Während das Industriekapital einst gegen Staatschulden war, macht das Finanzkapital dabei nach wie vor gute Geschäfte.

Beachtenswert ist es auch, wie hoch die Vermögensmachungen sich stellen, nämlich auf fast 400 000 Fr. Sind doch darin auch die Schmiergelder für die Zeitungen enthalten, und diese lohnen sich hoch bezahlt, da sie fast monopolistisch den Markt beherrschen.

Spectator.

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstraße

Dresden-Neustadt

Rehefelder, Ecke

Bürgerstr.

Der vorgerückten Saison entsprechend, sowie um in Sommerwaren möglichst gänzlich zu räumen, habe ich die Artikel aus allen Abteilungen meiner beiden Häuser nochmals ganz bedeutend reduziert und bringe diese von

Donnerstag den 17. Juli

zum vollständigen

Saison-Ausverkauf

Nachstehende Artikel bilden nur einen kleinen Auszug der enormen Warenummengen, welche in bezug auf Preiswürdigkeit unübertroffen sind.

Ein grosser Posten Waschstoff, Wasch-musselin	in nur neuem Meter sonst 88 Pf. jetzt Meter 38, 28, 18 Pf.
Ein grosser Posten Zephirstoffe,	nur neue schöne Streifen sonst 38 Pf. jetzt Meter 38, 28 Pf.
Ein grosser Posten Frottéstoffe	regulärer Wert 4.50, jetzt Meter 1.65
Ein grosser Posten Seidenstoffe	sonst Meter bis 4.00, jetzt Meter 1.45, 95, 78 Pf.
Ein grosser Posten Damast- und Stangen-leinen	Deckbeitritse, sonst b. 1.65, jetzt 1.10, Pf. Kissenbreite 4, sonst 1.20, jetzt 78, 62 Pf.
Ein grosser Posten einzelne Handtücher	sonst bis 68 Pf. jetzt 38, 28 Pf.
Ein grosser Posten Tapisseriewaren wie Läufer, Kissen, Decken (Musterkollektion)	jetzt Stück 68, 48, 38, 10 Pf.
Ein grosser Posten Kinder-Schürzen	jetzt 75, 48, 38 Pf.
Ein grosser Posten Wirtschafts- und Blusen-schürzen	jetzt 1.25, 88 Pf. Wert bedeutend höher!
Ein grosser Posten Damen-Hemden	aus nur guten Stoffen, auch mit Stickereleinsätzen jetzt durchweg 95 Pf.
Ein grosser Posten Damen-Wäsche	prima Stoff, mit reicher Stickerei sonst 2.65 bis 3.90, jetzt 2.25, 1.90
Ein grosser Posten Badetücher (gross)	mit kaum sichtbaren Webschlern sonst bis 5.00, jetzt 3.65, 2.90, 1.65
Damen-Korsetts, prima Drell. mit Strumpfhaltern	jetzt 1.90, 95 Pf.
Ein Riesen-Posten Waschstoff-Reste	bis 2½ Meter jetzt Meter 68, 48, 38 Pf.
Ein grosser Posten Herren-Wäsche	wie Sovitelle, Kragen, Manschetten usw., zum Aussuchen, weil angeschmutzt jetzt Meter 10 Pf.
Ein grosser Posten Herren-Oberhemden	weiss und blau, aus nur Primastoffen sonst bis 6.00, jetzt 2.90, 1.90
Ein grosser Posten Herren-Strohhüte	neu, moderne Formen 68, 48 Pf.

1 Posten (K 207)
Steppdecken
zu lebendes herabgelegten Preisen
Cerrestr. 10, 1.

Wiederverkäufer!
Übergangsw. für alle von den
billigen Preisen der Post- und
Stoffwaren-Karten, Bekleidungs-
marken, Briefmarken, Adams
Kunst-Verlag, am See 18.

Herren-Wäsche
Krawatten, Bluse Anzüge
faucht man am Dienstag bei
E. Köhler, Inh. H.

Frauentee
Postf. 75 Pf. altbewährt. (L.) 1000
Wallstraße 4.

Ein grosser Posten Basthütte	sonst 2.90, jetzt 1.25, 95 Pf.
Ein grosser Posten Damen-Handschuhe	bis 40 cm lang, weiß und schwarz 48, 38, 18 Pf.
Ein Posten selidene Handschuhe	mit und ohne Finger sonst bis 2.50, jetzt 1.90, 1.40, 95 Pf.
Ein Posten Herren-Trikothemden	mit bunten Einsätzen 1.45, Pf.
Ein grosser Posten bunte Zephir-Sporthemden	alle Größen sonst bis 2.90, jetzt 1.45, 1.20, 88 Pf.
Ein grosser Posten Kinder-Schwitzer	mit ananen und halben Ärmeln, alle Größen, nur gute Stoffe, jetzt 68, 48, 38 Pf.
Ein grosser Posten Kinder-Strümpfe und Sockchen	alle Größen jetzt 38, 28, 18 Pf. Regulärer Wert das Dreifache!
Ein grosser Posten Bade-Trikots,	schwarz und gestreift 1.45, 1.20, 85 Pf.
Ein grosser Posten Japan-Reisekörbe	mit Lederecken und Doppelriemen, von 66-65 cm lang jetzt 5.90, 4.75, 3.75
Ein grosser Posten Herren-Selbstbinder	sonst bis 2.90, jetzt 95, 68, 48 Pf.
Ein grosser Posten Herren-Söckchen	für die Reise 48, 35, 18 Pf.
Ca. 1000 Stück Madapolam-Stickerei,	12-18 cm lang. regulärer Wert bis 1.80, jetzt 95 Pf.
Ein grosser Posten Damen-Gürtel	in Samt, Bulgaren, Waschstoffen etc., sonst bis 4.00, jetzt 95, 68, 38 Pf.
Ein Posten Valencienne-Spitzen	und Einsätze, ohne Rücksicht auf den sonstigen Wert jetzt Meter 6, 4, 2 Pf.
Ein Posten Bulgarenkragen	in Seide etc., ohne Rücksicht auf den sonstigen Wert jetzt 95, 78, 48 Pf.
Ein grosser Posten Gartendecken,	120/130 jetzt Stück 85 Pf.
Besondere Gelegenheit für Restaurateure!	
Ein grosser Posten Deckenstoffe	sonst bis 2.90, jetzt Meter 1.45, 95 Pf.

+ Damen +	
Einfachste Uhren aller Art, gebogen, billige, Tränknars Möbelhaus Görlitzer Str. 21/23.	billige, Spülapparate, Muller-äpfchen, kipp. Artikel und Wendeln bei Lösung vertrauen soll an Frau Pröhle, Waldstraße 23, I.
Einige gpt erhältliche Gasarme preiswert zu verkaufen. Räuberstr. 6, 2.	neue Uhren billig. Trauringe in grosser Auswahl
	(B 1987)

Ein grosser Posten Leinen-Röcke mit Stickerei- und Knopfgarnierung, sonst bis 12.00, jetzt 5.90, 4.50, 2.90, 1.90	
Ein grosser Posten Batist-Blusen mit reichen Stickereleinsätzen jetzt durchweg 95 Pf.	
Ein grosser Posten Voile-Blusen in allen Farben jetzt 2.90, 1.90, 1.65 Wert das Doppelte!	
Ein grosser Posten Seiden- und Batist-Blusen früherer Wert bis 28.00, weil leicht angeschmutzt jetzt 7.50, 6.75, 4.90	
Ein grosser Posten Kleider in Voile und Batist sonstiger Wert bis 48.00, jetzt 18.50, 12.00, 8.50, 5.90	
Ein grosser Posten Leinen-Mäntel, um ganz zu räumen sonst bis 19.00, jetzt 6.90, 5.75, 3.90	
Ein grosser Posten Leinen-Kostüme sonst bis 28.00, jetzt 12.50, 8.75, 6.90	
Ein Posten Damen-Paletois n. diesjährige halblange Fassone sonst bis 30.00, jetzt 12.50, 9.50, 6.75, 3.90	
Ein grosser Posten Kostüm-Röcke, blau u. englische Knopfgarnierung, modern gearbeitet jetzt 3.90, 2.90, 1.90	
Ein grosser Posten Kinder-Kleider sonst bis 25.00, ohne Rücksicht auf den sonst. Wert jetzt 6.90, 5.50, 3.90	
Ca. 200 Kostüme, teils auf Seide, teils auf Seidenorga gearbeitet sonst. Wert bis 68.00, jetzt 28.00, 18.00, 14.00, 9.75	
Ein grosser Posten Popeline-Mäntel sonstiger Preis 68.00, jetzt 16.00, 12.50, 7.75	
Ein grosser Posten Kinder-Waschanzüge um zu räumen jetzt 2.90, 1.90, 1.20	
Ein grosser Posten Herren-Anzüge, nur neue moderne Stoffe u. Macharten, jetzt 24.00, 16.00, 14.50	
Ein Posten Wetterpelerinen, alle Größen prima Stoffe, weit unter Preis 6.90, 4.90, 3.45	
Hutformen, nur diesjährige neuen Formen, um möglichst günstig zu räumen zum Ausuchen jetzt 95, 45, 25 Pf.	
Garnierte Damen-Hüte bis 50% ermäßigt	
Steppdecken, prima, mit Trikotfutter, auch gleichseitig Stück 8.50, 6.90, 2.90	

Meine Uhr kostet mich 250 für sie bindeffekt? Ja	
H. Lorenz jetzt Frauenstraße 1	
Die Schäffergasse wo man alle Uhren gut und billig repariert. Weißansäule sofort.	
Neue Uhren billig. Trauringe in grosser Auswahl	

Greiz-Geraer Kleiderstoffe !	
Reich schwere und farbig, waschbar für Kostüme. Kleiderstücke einer Mutter eines Kindes. Gute Qualität über 20.000 Mark.	
Cerrestr. 10, 1.	

Belt- u. Kissen-Inlett 20 u. 30 Pf. ab dem 1. September

Gebetreibereinigung Amalienstraße 12

Einzelne Zeitungen werden, fanden die Herausgeber, während der Freizeitzeitungen, besonders geschätzt und sehr geschätzt werden. Die Zeitungen werden, wenn sie nicht mehr benötigt werden, auf dem Markt verkauft werden. Der Verkäufer einer einzelnen Zeitung kann eine gewisse Summe erhalten, die er für die Zeitung erhält. Einzelne Zeitungen werden, wenn sie nicht mehr benötigt werden, auf dem Markt verkauft werden. Der Verkäufer einer einzelnen Zeitung kann eine gewisse Summe erhalten, die er für die Zeitung erhält.

